

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögenswert. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang Hamburg, 21. Februar 1931 Nummer 8

Kollegen! Welche Existenz bietet Euch unser Beruf?

Annähernd fünf Millionen arbeitsfähiger und arbeitsfreudiger Arbeitnehmer sind allein in Deutschland das Opfer der den Staat, die Wirtschaft und vor allem die Existenz der Bevölkerung auf das schwerste bedrohenden Weltkrise geworden. Weitere Millionen führen seit Jahr und Tag ein Hungerleben bei stark verkürzter Arbeitszeit. Arbeiter und Angestellte beiden Geschlechtes sind in gleichem Maße betroffen und sehen in qualvoller Notlage und mit steigender Erbitterung dem Tage entgegen, der die lang-ersehnte Wendung zur Ankurbelung der Produktion und zum Wiederaufstieg der daniederliegenden Volkswirtschaft bringen soll. Einer Periode, die Möglichkeiten schafft, sich wieder einmal satt zu essen und die längst dringend gewordenen Bedürfnisse auf Erneuerungen im Haushalt usw. wieder einmal einigermaßen befriedigen zu können. Unterdessen hat das Unternehmertum unter Vorantritt oder treuer Gefolgschaft der reaktionären politischen Parteien alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die in harten Kämpfen von der Arbeiterschaft errungene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen rückgängig zu machen. Es nutzt die Zeit, die ihm Fehler und Versäumnisse der Arbeiterklasse in überreichem Maße zur Vorbereitung seiner dunklen Pläne gegeben hat. Den Unternehmern und ihren Trabanten ist die politische, an Selbsterhaltung grenzende Zerplünderung oder straflose Gleichgültigkeit meines Arbeitstreffes gegen die eigenen vitalen Lebensinteressen vollkommenster Mittelpunkt für ihre lächerlichen und wirtschaftsschädigenden Pläne, die sie mit mehr oder minder großer Gewaltanwendung durchzuführen gewillt sind.

Dem Vorstoß kann nur Rückkehr zu einmütiger Geschlossenheit und bewusster Abwehrwille der gesamten Arbeitnehmerschaft einen Damm entgegensehen. Niemand wird glauben, daß die Fortschritte auf tarif- und lohnpolitischen Gebiete trotz dauerndem Vorhandensein einer beträchtlich großen Reservearmee von Arbeitslosen in der Nachkriegszeit durchzuführen gewesen wären ohne die starke Macht der Gewerkschaften. Und nicht umsonst läßt es sich das Unternehmertum Unsummen kosten, um durch Heranpäpplung nationalsozialistischer Organisationen noch einen weiteren Keil in die kampferprobte Arbeiterschaft zu treiben. Die Unternehmer wissen noch besser als viele Arbeiter, daß ihre Offensive viel weiter vorgeschritten und größeren Erfolg gehabt hätte, wenn nicht die Gewerkschaften als pflichtbewußte Sachwalter der Arbeiter jeden Fuß gewonnenen Bodens auf das allerschärfste verteidigten. Den Angriffs in der Großindustrie sollen zu gegebener Zeit — wie der negative Ausgang der bisherigen Lohn- und Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe zeigt — noch wirkungsvollere Maßnahmen zur Unterwerfung aller übrigen Berufe folgen.

Von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise wird unser Maler- und Lackiererberuf ganz besonders hart betroffen. Die Gründe, auf der Eigenart und dem Betätigungsfeld des Gewerbes beruhend, sind hier schon oft und eingehend gewürdigt, liegen für den berufstätigen Fachmann auch so offen zutage, daß weitere Betrachtungen in diesem Zusammenhang nicht zu erfolgen brauchen. An anderer Stelle der vorliegenden Nummer werden die Ergebnisse der Arbeitslosen- und Konjunkturstatistik vom Monat Januar 1931 besprochen und der Verlauf der Arbeitslosen- und Konjunkturkurve seit Anfang des vorigen Jahres aufgezeigt. So aufschlußreich diese Tabellen auch sind und selbst dem Außenstehenden und Berufsfremden die katastrophale Lage der berufstätigen Arbeitnehmer unüberleglich aufzuzeigen vermögen, scheint ihre Beweisstärke doch nicht allgemein anerkannt zu werden. So haben wir seit Jahren auf den Widersinn gesteigerter Lehrlingsausbildung für einen Beruf aufmerksam gemacht, dessen Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte an dem zu erwartenden Auftragszugang eine Grenze finden mußte. Obwohl unsere Arbeitgeber und deren Organisationen sowohl unsere Feststellungen wie auch amtliche Berichterstattungen dieser Art sehr genau verfolgen, hat es doch Jahre bedurft, ehe man sich dort zu leisen Anfängen einer Reduzierung der Lehrlingszahlen aufzuschwingen vermochte. Für 1929 wurde beispielsweise eine durchschnitt-

liche Arbeitslosigkeit für Maler und Lackierer von 234 von jedem Hundert der beruflichen Arbeitnehmer festgestellt; dessen ungeachtet könnte im Malergewerbe für das Jahr 1930 eine Lehrlingszahl von etwa 51 000 festgestellt werden. Tausende jugendlicher Arbeitnehmer werden alljährlich sofort nach beendeter drei-, dreieinhalb- oder vierjähriger Lehrzeit rücksichtslos entlassen, und eine nicht geringe Anzahl dieser jungen Berufskollegen kommt jahrelang nicht in die Lage, den erlernten Beruf gegen angemessene Bezahlung als Gehilfe ausüben zu können. Als weitere direkte und den Arbeitgebern selbst sehr unangenehm fühlbare Folge dieses unvernünftigen Euns ist das Ueberhandnehmen von Kleinst- und Alleinbetrieben zu bezeichnen und ein Konkurrenzkampf, der letzten Endes wiederum fast restlos auf dem Rücken der durch diese wahnsinnige Gewerbepolitik zum dauernden Darben verurteilten Arbeitnehmer ausgetragen wird.

Der Beruf soll doch die Grundlage der Existenz sein. Seine Aufgabe ist Erhaltung der Arbeitskraft und Gewährung des Unterhalts für Familie und Nachkommen-schaft. Ist Existenzsicherheit nicht vorhanden, werden Arbeitskraft und Arbeitsfreude unterbunden. Das ist als psychologische Wahrheit ganz allgemein anerkannt. Auch einsichtige Arbeitgeber wissen, daß qualitative wie quantitative Höchstleistungen erst von der Arbeitsfreude her zu erwarten sind und daher bedarf den Besten bei der Ausführung der Arbeitsaufträge weitestgehend freie Hand. — Wenn das Malergewerbe die Voraussetzungen nicht mehr zu erfüllen vermag, liegt es zum großen Teil mit an den Veränderungen in der beruflichen Tätigkeit, die letzten Endes auch als Ursache der gesteigerten Unsicherheit im Arbeitsverhältnis anzusprechen sind. Ohne der vor 30 und mehr Jahren üblichen Ornament-, Dekorations- oder Holz- und Marmorarbeit das Wort zu reden, ist doch nicht zu bestreiten, daß die damalige Mode dem Gewerbe mehr Arbeitsmöglichkeiten gegeben hat als die nachher hereingebrochene Weißmanie mit den dann verlangten Quadratkilometerleistungen. Daran hat auch die heutige „strenge Sachlichkeit“ nicht viel geändert. Daß ein Teil der jetzt auf die bedauernswerten Malerlehrlinge losgelassenen Lehrmeister ihre Schul- und Lehrjahre in jener Verfallperiode durchgemacht hat, ist weder bei der Ausbildung der Lehrlinge von Vorteil, noch kann es dem Gewerbe zur Wiedererlangung der früheren Position im gegenwärtigen Wirtschaftsleben förderlich sein. Ein Vorwurf kann dem ganzen Unternehmertum nicht erspart bleiben. Wer so unverantwortlich mit dem kostbaren, ihm anvertrauten jungen Menschentum umgeht, wie es die Arbeitgeber im Maler- und Lackierergewerbe tun, die Lehrlinge weit über den Bedarf hinaus ausbilden, hat das Recht zur Klage verwirkt, wenn heute Malereibetriebe wie Pilze nach einem warmen Nachregen aus üppigem Waldeboden aufsprützen. Ueber die Schäden, die sich mit Naturnotwendigkeit für das ganze Gewerbe einstellen mußten, ist man in Arbeitgebertreuen eines Sinnes. Aus dem Schweiß der Arbeitnehmer soll der für unbedingt nötig angesehene Profit herausgeschunden werden. Unsere Malermeister haben den Akt, auf dem sie so lange sicher und wohlgeborgen geseßen haben, im wahrsten Sinne des Wortes selbst abgelegt.

Unser Verband hat seit jeher die Bekämpfung aller Mißstände im Gewerbe als vornehmste Aufgabe betrachtet. Er hat durch die tarifliche Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Vorbildliches geleistet und wird auch in den kommenden Auseinandersetzungen seinen Mann stellen. Im Einvernehmen mit den Bezirksleitern hat der Verbandsvorstand nunmehr Vorkehrungen getroffen, der immer weiter um sich greifenden beruflichen Arbeitslosigkeit mit wirksameren Mitteln entgegenzuarbeiten, als es bisher geschehen konnte.

Zu diesem Zwecke ist ein Fragebogen ausgearbeitet, der in der Woche vom 1. bis 7. März allen Verbandsmitgliedern, außer den Lehrlingen, zugestellt werden soll und auf Grund persönlicher Auskunft der Befragten unwiderlegliches Material zu einer gründlichen Untersuchung über

die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Höhe des Einkommens unserer Berufsangehörigen geben muß. Dieser Nachweis ist zur Beurteilung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage der Arbeitnehmer des Maler- und Lackierergewerbes unerläßlich. Er wird den unerschütterlichen Beweis erbringen, daß die Einkommensverhältnisse unserer Berufsangehörigen trotz zahlenmäßiger Höhe und scheinbaren Ueberragens der Löhne einiger anderer Arbeiterkategorien durchaus ungenügend sind und im Jahresdurchschnitt weiter hinter jenen zurückbleiben. Dann soll durch eine Frage erntet werden, wie oft unsere Kollegen den Betrieb wechseln mußten, um Unterlagen zu beschaffen, wie unsicher die Berufsangehörigen in ihrem Erwerb-leben gestellt sind. Als ob es an der Schädigung durch mehr als erträgliche Erwerbslosigkeit noch nicht genug sei, wurden unsere Kollegen jahrelang in der Arbeitslosenversicherung durch Vorenthaltung der normalen Unterstufungsätze — trotz Entrichtung der ordentlichen Beiträge — und Ueberweisung in die Saisonarbeiterunterstützung geschädigt. Ueber die Höhe der Beträge, wie auch über den Bezug von Krisen- und Krankenunterstützung sollen Ermittlungen gepflogen werden.

Bei der katastrophalen und langandauernden Arbeitslosigkeit sind zahlreiche Kollegen von der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen und infolge des Versagens von Krisenunterstützung — ihre Gewährung erfolgt unter bestimmten Kautelen ja überhaupt erst seit kurzer Zeit — auf den Bezug der Wohlfahrtskassenunterstützung angewiesen. Diese Frage ist erst nach reiflicher Ueberlegung aufgenommen worden. Will man die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse beseitigen oder noch weiterer Ausdehnung entgegenwirken, darf man vor falschen Begriffen über spießbürgerliche Wohlstandigkeit nicht haltmachen. Die Not ist nun einmal ein unerbittlicher und sehr harter Lehrmeister. Wer nozgedungen zur Fröstung seines nackten Lebens zum Wohlfahrtsamt gehen muß, weil ihm sein Beruf nach zurückgelegten Lehrjahren die Möglichkeit des Durchkommens vorenthält, hat ein Recht und einen vollen Anspruch auf die Hilfe der Allgemeinheit, solange diese berart unhaltbare Zustände als Staats- oder Wirtschaftsordnung zu erhalten befreht ist. Als wichtigstes Moment sei für empfindliche Gemüter darauf hingewiesen, daß die Fragebogen sofort an den Vorstand eingekandt werden müssen, die Bearbeitung in Hamburg erfolgt und jedem Kollegen strengste Verschwiegenheit über seine Angaben zugesichert ist.

Als letztes sind einige Fragen über Lohn- und Arbeitszeit beigefügt, die aber nur von Kollegen zu beantworten sind, wenn sie in der Woche vom 1. bis 7. März dieses Jahres in beruflicher Beschäftigung standen.

Stichtag für die Beantwortung des Fragebogens ist der 8. März 1931.

Soll diese Erhebung, von deren Bedeutung für die fernere Gestaltung unseres Berufslebens jedes Verbandsmitglied nach Durchsicht des Fragebogens überzeugt sein wird, den erhofften Erfolg bringen, muß sich jeder Kollege an ihrer Durchführung beteiligen. Wenn sich eine Anzahl zuverlässiger Funktionäre zur Verteilung und zum Einsammeln zur Verfügung stellt, kann die Arbeit in kurzer Zeit und so gründlich erledigt werden, daß die Fragebogen zum festgesetzten Termin, dem 15. März 1931, im Besitze des Hauptvorstandes sein können. Die Bearbeitung muß dann so beschleunigt werden, daß die wichtigsten Auszüge aus dem Ergebnis noch im Laufe des Monats April allen die es angeht und der breitesten Öffentlichkeit unterbreitet werden können.

Kein Kollege darf sich dieser Pflicht entziehen! Jeder muß durch gewissenhaftes Ausfüllen dieses Fragebogens sein Teil dazu beitragen, daß einwandfreie Feststellungen gemacht werden und die Unsicherheit der Existenzverhältnisse der Arbeitnehmer des Maler- und Lackierergewerbes unwiderleglich nachgewiesen wird.

Alle Mann mit frischem Mute an die Arbeit!

Arbeitslosigkeit und Konjunktur im Malergewerbe Ende Januar 1931

Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist vom Jahresanfang bis Ende Januar noch weiter angestiegen. In 166 Filialen, die 53 977, davon 149 weibliche Mitglieder umfassen und die ihre Berichtskarte rechtzeitig eingekandt haben, wurden am 31. Januar 36 099 männliche und 34 weibliche, zusammen 36 133 arbeitslose Mitglieder gezählt. Das sind 66,9 % der Gesamtmitgliedschaft und bedeutet gegenüber den letzten Feststellungen am Jahreschluss eine Zunahme an arbeitslosen Mitgliedern um 4,4 %. Scheiden wir die 7564 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge bei dem Berechnungsmodus aus, so beträgt der Prozentsatz der arbeitslosen Vollmitglieder sogar 77,8 %; er ist um 4,6 % höher als am Jahresanfang. Die Gehilfenmitglieder sind in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken wie folgt betroffen (der Prozentsatz von der Gesamtmitgliedschaft ist in Klammern beigefügt): Ostpreußen (76,3 %) 87 %, Schlesien (71,5 %) 82,1 %, Brandenburg mit Berlin (55,7 %) 62,8 %, Pommern (71,1 %) 84,8 %, Nordmark (59,6 %) 71,7 %, Niedersachsen (54,2 %) 64,1 %, Westfalen (74,1 %) 83,5 %, Rheinland (70,8 %) 79,4 %, Hessen (74,5 %) 86,1 %, Mitteldeutschland (63,8 %) 77,2 %, Sachsen (67,3 %) 77,9 %, Bayern (ohne Pfalz) (90,9 %) und Südwestdeutschland (66,4 %) 78,6 %. Wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, betrug der günstigste Stand des Vorjahres, im Mai 1930, immer noch 23,3 % arbeitslose Vollmitglieder. Der Kommentar über die wirtschaftlich schlechte Lage der Arbeitnehmer des Maler- und Lackierergewerbes ist der Kollegenschaft mit erbitternder Deutlichkeit eingehämmert.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Vollmitglieder entfallende arbeitslose a. Lehrlinge der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	166	57 043	53 977	26 950	36 133	55,7	77,8
Februar	171		59 031		29 168		58,3	
März	169		58 098		22 185		45,5	
April	170		57 321		17 272		36,0	
Mai	154		57 629		14 148		29,3	
Juni	153		56 729		15 255		31,2	
Juli	164		56 455		19 135		39,4	
August	159		56 736		20 830		42,5	
Septemb.	169		58 156		21 913		43,8	
Oktober	160		55 848		24 835		52,1	
Novemb.	166		57 348		30 524		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

Nach den Feststellungen der Filialen sind weitere 7749 (davon 36 weibliche) Mitglieder oder 14,4 % der Gesamtmitgliedschaft beziehungsweise 16,7 % der Gehilfenmitglieder auf Kurzarbeit gestellt. Es arbeiten vorläufig: 6802 männliche und 25 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden die Woche, 258 männliche und 4 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, 462 männliche und 26 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 172 davon eine weibliche Beschäftigte, um 25 und mehr Stunden die Woche. Ein einfaches Rechenexempel besagt, daß Ende Januar in den berichtenden Filialen noch 5,5 % der Gehilfenmitglieder in voller Beschäftigung standen. Wenn es auch nur ein schlechter Trost ist, soll doch darauf verwiesen werden, daß die Anorganisierten noch wesentlich stärker betroffen werden. Das zeigen die gegenwärtig auf den Arbeitsämtern registrierten Erwerbslosenziffern; der Prozentsatz der unorganisierten Arbeitslosen ist auch dann noch beträchtlich höher, wenn man die zahlreich als arbeitslos gemeldeten Klein- und Kleinmeister von den Gesamtzahlen in Abzug bringt. Ein kaum weniger betrübliches Bild zeigt das Ergebnis unserer zur gleichen Zeit vorgenommenen Konjunkturumfrage. In dieser haben sich 42 Filialen beteiligt, von denen Fragebogen für 135 Betriebe mit insgesamt 2114 Beschäftigten eingekandt sind. Es kamen demnach

durchschnittlich 15,7 Beschäftigte auf jeden Betrieb, gegen 14,2 am Ende des Monats Dezember. Zwar sind die Neueinstellungen von 135 auf 299 gestiegen und die Entlassungen von 811 auf 588 zurückgegangen. Das allein wäre aber nicht ausreichend gewesen, diese an sich gewiß nicht sehr erhebliche Steigerung der Belegschaftsziffern herbeizuführen; sie ist vielmehr durch die Erfassung einiger Großbetriebe erreicht worden, die im Dezember nicht berichtet hatten. Der Beschäftigungsgrad wurde für einen Betrieb oder 0,7 % (gegen 0,8 % im Vormonat) mit 92 Beschäftigten oder 4,3 % (gegen 2,5 %) mit sehr gut, für 2 Betriebe oder 1,5 % (gegen 3,1 %) mit 64 Beschäftigten oder 3 % (gegen 9,8 %) mit gut, für 16 Betriebe oder 11,9 % (gegen 14,1 %) mit 363 Beschäftigten oder 17,2 % (gegen 25,3 %) mit befriedigend und für 116 Betriebe oder 85,9 % (gegen 82 %) mit 1595 Beschäftigten oder 75,5 % (gegen 61,7 %) mit schlecht beurteilt. Also ein weiterer Rückgang, der die Bewertungsziffer mit 3,68 gegenüber dem Monat Dezember um 19 Punkte ungünstiger gestuft hat. Die Konjunkturentwicklung seit Oktober 1929 läßt sich in nachstehender Uebersicht verfolgen.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1929 Oktober	28,2	46,3	39,3	31,8	32,5	21,9	2,75
November	18,7	30,2	45,3	53,4	36,0	16,4	2,86
Dezember	13,2	28,9	27,9	39,2	58,9	32,1	3,03
1930 Januar	7,4	19,6	30,3	40,3	62,3	40,1	3,20
Februar	5,7	8,8	35,7	61,5	56,8	29,9	3,21
März	21,0	31,7	49,2	51,4	29,8	16,9	2,85
April	32,8	39,5	42,8	46,5	24,6	14,0	2,75
Mai	29,7	49,2	37,8	33,9	32,5	16,9	2,68
Juni	20,1	44,8	37,2	29,2	42,7	26,0	2,81
Juli	15,8	31,5	48,1	49,1	36,1	19,4	2,88
August	14,5	20,6	40,4	33,3	45,1	26,1	3,06
September	13,9	25,4	45,2	50,9	40,9	23,7	2,98
Oktober	10,3	18,9	27,9	43,2	61,8	37,9	3,18
November	6,0	20,9	22,0	40,5	72,0	38,6	3,18
Dezember	3,9	13,0	14,1	25,3	82,0	61,7	3,49
1931 Januar	2,2	7,3	11,9	17,2	85,9	75,5	3,68

Die Schilderung wäre ohne den Hinweis nicht vollständig, daß 5 Betriebe immer noch stillgelegt sind und in 6 Betrieben mit insgesamt 114 Beschäftigten abwechselnd Woche für Woche ausgefetzt oder nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird. Erwähnung bedarf noch die Tatsache, daß die 536 ermittelten Lehrlinge 25,3 % der Beschäftigtenzahl ausmachen.

In der Tagespresse wird teilweise mit Befriedigung festgestellt, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar langsamer beziehungsweise in geringerem Maße erfolgte, als in den vorausgegangenen Monaten. Da das bei dem Ausmaße der Erwerbslosigkeit eine Selbstverständlichkeit ist, kann ein Fortschritt darin nicht erblickt werden. Wichtiger ist vielleicht, daß sich auf der Höhe eine Belebung vorzubereiten scheint, haben diese Kreise doch in der Regel eine sehr feine Nase für Veränderungen in der Wirtschaft. Die beiderseitigen Organisationsunseres Gewerbes haben eine umfassende Werbekampagne zur Arbeitsbeschaffung durchgeführt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese bereits auszuwirken begonnen hat und die Einstellung neuer Arbeitskräfte zum Teil auf diese Erfolge zurückzuführen ist. Vielleicht liegen auch andere Ursachen vor. Zahlreiche Betriebe haben wegen der ungewöhnlich schlechten Geschäftslage ihre Belegschaften reißlos entlassen. Besonders vorsichtige Unternehmer pflegen schon sehr frühzeitig sich nach geeignetem Ersatz umzusehen. Arbeitskräfte stehen ja in genügender Zahl zur Verfügung und es ist sehr wohl möglich, daß die etwas in Fluß gekommene Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise durch derartige Versuche ausgelöst ist. Gegenwärtig ist die Wirtschaftslage für unsern Beruf im übrigen noch sehr pessimistisch zu beurteilen.

darf sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Tut er dies doch, so hat er sich zu vergegenwärtigen, daß er aus seiner gewerkschaftlichen Organisation hinausfällt. Es ist vielen alten Mitgliedern bitter aufgestoßen, daß höherwertigen Rechte durch eine solche Handlung zu verlieren. De- und wehmützig sind sie später gekommen und wieder als Mitglied aufgenommen zu werden. Eine solchen Kandidatur kann sich jeder ersparen. Die Betriebsratswahl 1931 fällt in eine schwierige Zeit. Massenarbeitslosigkeit drückt auf den Seelenzustand der Arbeiter und Angestellten, die noch im Betriebe stehen. Der Wunsch eigener und fremder Interessenvertretung ist teilweise sehr gering. Dennoch darf die Arbeiterschaft der Kopf nicht soweit hängen lassen, um die Betriebsratswahlen zu vernachlässigen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Tätigkeit der Betriebsräte noch niemals von so außerordentlicher Bedeutung war wie in der nächsten Zeit. Sie haben manche Entlassung verhindert; sie waren bei der Kürzung der Arbeitszeit bedeutsame Faktoren; sie werden eine Nischenaufgabe zu erfüllen haben, wenn das Räuberwerk der Wirtschaft sich einmal wieder schneller zu brechen beginnt und Arbeiter und Angestellte wieder in die Betriebe kommen. Unsere Kollegen werden verstehen, welche Fragenkomplexe sich in diesen wenigen Worten widerspiegeln. Möge deshalb ein jeder Kollege Hand an Werk legen, damit eine Betriebsvertretung zustande kommt, die diesen schwierigen Arbeiten gewachsen ist.

Aus der deutschen Betriebsrätestatistik

Rund 87 Prozent sind freigewerkschaftliche Arbeiterräte. 1931 muß das Verhältnis noch besser werden.

Wenn der neue statistische Ausweis des DGB über den vorhandenen Umfang der Betriebsvertretung der Arbeiter im Jahre 1930 auch keine erschöpfenden Zahlen bringt, so ist ihm aber über den Ausfall der Betriebsratswahlen im Vorjahre eine genaue Orientierung zu entnehmen. In den statistischen Aufnahmen sind 18 freigewerkschaftliche Verbände beteiligt.

Aus der Statistik im einzelnen folgendes:

Es wurden 46 299 Betriebe mit einer Belegschaftsziffer von 5 900 000 erfasst.

In den erfassten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich auf die einzelnen Gewerkschaftseinrichtungen wie folgt verteilen:

- freie Gewerkschaften 135 689 (86,9 %)
- Christliche Gewerkschaften 11 333 (7,2 %)
- S.-D.-Gewerksvereine 1 561 (1,0 %)
- Kommunisten, Syndikalistinnen usw. 2 374 (1,5 %)
- sonstige Vereinigungen 1 025 (0,7 %)
- Nichtorganisierte 4 163 (2,7 %)

Aus den vorstehenden Zahlen ist also ersichtlich, daß die freien Gewerkschaften die herrschende Stellung einnehmen. Die Position der Kommunisten ist nämlich zu nennen. Rund 1 1/2 % der Mandate „eroberten“ bei den letzten Betriebsratswahlen die Kommunisten und Syndikalistinnen. Der ungeheure, kommunistische Aufwand hat demnach kümmerliche Früchte getragen.

Die kommenden Betriebsratswahlen erfordern von den freigewerkschaftlichen Funktionären erneute Aktivität. Nur wenn die Betriebe von den freigewerkschaftlichen Verbänden beherrscht werden, bleibt die Schlagkraft der Belegschaft und der gewerkschaftlichen Bewegung erhalten.

Wenn jeder freie Gewerkschafter seine Pflicht erfüllt und eifrig für die freigewerkschaftliche Liste agitiert, dann müßte es sonderbar zugehen, wenn unsere Quote nicht von 87 auf 90 % und noch mehr gesteigert werden könnte.

Die Internationale zur Weltreise

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) eingesetzte Kommission zur Prüfung der Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit hat in ihrer Sitzung am 21. und 22. Januar 1931 in Zürich die ihr von ihren Unterkommissionen vorgelegten fünfzehn Berichte über die Einzelprobleme, die sich aus der internationalen Wirtschaftskrise ergeben, geprüft und die Ergebnisse ihrer Prüfung in einer Reihe von Resolutionen zusammengefaßt. Diese Resolutionen werden in einer besonderen Broschüre, die der IGB. herausgeben wird, zur Kenntnis der Arbeiterorganisationen aller Länder gebracht werden.

Die wichtigsten Feststellungen und Forderungen dieser Resolutionen werden im folgenden wiedergegeben:

Der Produktionsapparat der Weltwirtschaft sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft ist seit dem Kriege gewaltig angeschwollen. Aber die Erzeugnisse, die produziert werden können, können keinen Absatz finden. Hat die Akkumulation von Profiten zugereicht, den Produktionsapparat in wenigen Jahren in unerhört schnellem Tempo auszubauen und zu vervollkommen, so hat das Anwachsen der Löhne in derselben Zeit nicht zugereicht, den Konsum der Massen im gleichen Maße zu vergrößern, wie die Produktionsfähigkeit der Industrie und der Landwirtschaft vergrößert worden ist. Dieses Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, die Grundtatsache der Krise, ist in erster Linie zurückzuführen darauf, daß die Profite, die zum großen Teil akkumuliert und zur Vergrößerung und Vervollkommen des Produktionsapparats verwendet werden, schneller angeschwollen sind als die Löhne, die zum überwiegenden Teil konsumiert, zum Kauf von Konsumgütern verwendet werden. Die Herabsetzung der Löhne kann dieses Mißverhältnis nicht mildern, sondern nur verschärfen. Wenn die Unternehmer jedes Landes durch Lohndruck ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Unternehmern anderer Länder zu stärken versuchen, so ist das Ergebnis aller dieser Anstrengungen nur die Senkung

Die diesjährigen Betriebsratswahlen

Die Betriebsratsbewegung ist mehr als zehn Jahre alt. Die Einrichtung der Betriebsräte hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands und auch in anderen Ländern eingebürgert. Deshalb spricht man wenig von ihnen. Selbst die Unternehmer haben sich, wenn auch widerwillig, mit den Betriebsräten abgefunden. Dort, wo tüchtige Funktionäre zu diesem Amt berufen sind, klappt die Sache vorzüglich. Es gibt eine große Anzahl von Betrieben, wo die Betriebsräte sich derartig eingearbeitet haben, daß auch nicht ein Arbeiter diese Einrichtung missen möchte. Daß das Betriebsratsgesetz nicht vollauf unsern Wünschen entspricht, braucht hier nicht auseinanderzusetzen zu werden. Wir würden aber schon zufrieden sein, wenn die jetzt bestehenden Rechte bis zum letzten in Anspruch genommen würden.

Die Betriebsratswahlen stehen wieder vor der Tür. Sie erhalten in diesem Jahre eine besondere Bedeutung, weil neue Momente bei der Betriebsratswahl in Erscheinung treten. Bisher gab es fast nur die Listen der anerkannten Gewerkschaften. In den letzten Jahren hat die sogenannte „Opposition“ hier und da Gegenlisten aufgestellt. Dort, wo die Organisation schlecht ist, wagten sich schon mal die Anorganisierten oder Gelben mit einer eigenen Liste hervor. In diesem Jahre gibt es Listen unter der Bezeichnung „Nationale Sozialisten“. Die Nationalsozialisten werden 1931 zum erstenmal als eine geschlossene Gruppe bei den Betriebsratswahlen auftreten. Schon Wochen hindurch sind Vorbereitungen hierzu getroffen worden. In den bekannten Rundschreiben der Nationalsozialisten wird mit aller Deutlichkeit das Bestreben bei der Funktionsrätearbeit hervorgehoben. Die Nationalsozialisten besitzen den Betriebsratsgedanken. Sie stellen das Betriebsratsgesetz bewußt in den Dienst ihrer Arbeit. Die NS-Betriebs-

räte sollen das Rückgrat der zukünftigen Arbeit in den Betrieben bilden. Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß vieles von dem Geschreibsel zur Betriebsratswahl nur auf Dummensinn bei den Arbeitern und Angestellten berechnet ist, so dürfen wir uns doch darüber klar sein, daß eine eifrige Vorbereitung zu den Wahlen getroffen wurde.

Hier macht sich zum erstenmal eine Gefahr breit, die nicht energig genug bekämpft werden kann. Halten wir fest, was die Nazis wollen. In den Richtlinien heißt es unter anderem: „Die NSDAP. sieht in der nunmehr angeführten Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“ Das Entstehen einer neuen Gewerkschaftsrichtung wird hier als nahegehend hingestellt. Nehmen wir diesen Umstand nicht auf die leichteste Schulter! Die politischen Vorgänge haben uns sehr unliebsame Ueber-raschungen gebracht. Die Arbeiterschaft muß also in diesem Jahre gegen einen neuen geschlossenen anrückenden Feind zu Felde ziehen. Es bedarf der Anstrengung eines jeden Arbeiters und Angestellten, um diese Bewegung bereits im Keim zu unterdrücken.

Neben den Nationalsozialisten werden die berufsmäßigen Spalter, die Kommunisten, bei den diesjährigen Betriebsratswahlen mit eigenen Listen nicht fehlen. Ja, die Wirtschaftslage und das Elend der Arbeiterschaft wird sie anspornen, gerade in diesem Jahre aktiv zu sein. Auch diese Sorte Gegner muß durch kühle überlegene Taktik in Schach gehalten werden. In dem offiziellen Aufruf haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die diesjährigen Wahlen eine praktische Probe für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein sollen. Kein Mitglied des DGB. oder des Afa.-Bundes

des Massenkonsums in der ganzen Weltwirtschaft, also nur die Verschärfung der internationalen Abzäsuren. Die Kommission betrachtet es daher als wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, sich mit aller Entschlossenheit und in allen Ländern dem Lohndruck zu widersetzen.

Die Rationalisierung hat die Produktivität der Arbeit in wenigen Jahren gewaltig gesteigert. Aber die durch die technische Entwicklung und durch die Intensivierung der Arbeit entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte sind nicht in andere Produktionszweige überführt worden. Ihre Arbeitskraft liegt jetzt brach. Es ist unbedingt notwendig, die Arbeitszeit der so bedeutend gesteigerten Produktivität der Arbeit anzupassen. Die Kommission betrachtet es angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit in der Welt für zeitgemäß und unerlässlich, den Kampf um die Fünftageswoche (Wierztigstundenswoche) international aufzunehmen.

Daneben muß der Arbeitsmarkt auch durch Einführung der Arbeiterurlaube, wo sie noch nicht bestehen, durch Erhöhung des schulpflichtigen Alters, durch Organisation des Arbeitsnachweises entlastet werden.

Die Kommission hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nicht die Einschränkung der Staatsausgaben in Zeiten der Wirtschaftskrise, sondern größtmögliche Aufwendungen für produktive öffentliche Arbeiten jenes Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, das die Grundtatsachen der Krise bildet, zu mildern vermögen.

In jedem Staat ist eine nationale Stelle zu errichten, die auf Grund eines für längere Zeit im voraus ausgearbeiteten Investitionsprogramms die zur Durchführung dieses Programms erforderlichen Arbeiten und Bestellungen auf Seiten großer Arbeitslosigkeit konzentriert.

Diese Methode, den Beschäftigungsgrad dadurch gleichmäßiger zu gestalten, wird desto wirksamer sein, je größer der Anteil des Staates und der Gemeinden an der Gesamtwirtschaft ist. Die Erweiterung dieses Anteils ist daher eine Voraussetzung wirksamer Beeinflussung des Beschäftigungsgrades durch das Gemeinwesen.

Die Kommission fordert mit Nachdruck, daß die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter, soweit und solange ihnen nicht vollkommene Beschäftigung gesichert werden kann, die notwendige Unterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit finden müssen. Sie fordert die Arbeiterbewegung zur Verteidigung der überall von den Unternehmern angegriffenen Arbeitslosenversicherung auf. Sie fordert die Schaffung von Einrichtungen, die dem Arbeitslosen ein Recht auf die notwendigen Unterhaltsmittel sichern, in allen Ländern.

Die fortschreitende Organisierung nationaler und internationaler Kartelle und Monopole trägt unzweifelhaft durch die Fixierung künstlich hoher Preise in Krisenzeiten und durch die Organisierung von Dumping-Exporten, die den Weltmarkt desorganisieren, dazu bei, die Krise zu verlängern. Die Kommission fordert daher die Arbeiterparteien, zum Kampf für die öffentliche Kontrolle aller monopolistischen Zusammenschlüsse und ihrer Preisbildung unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften auf; die internationalen Kartelle sollen in ähnlicher Weise durch ein beim Völkerbunde zu errichtendes internationales Wirtschaftsorgan kontrolliert werden.

Die Verschärfung des Protektionismus nach dem Kriege hat zur Desorganisation der Weltwirtschaft sehr viel beigetragen. Die Beschlüsse der Kommission machen es der Arbeiterbewegung aller Länder zur Pflicht, auf ihre Regierungen den stärkstmöglichen Druck zu üben, um ihren sofortigen Beitritt zu der Konvention über den Zollwaffenstillstand zu erlangen und um alle Regierungen zu bewegen, in die von der britischen Arbeiterregierung vorgeschlagenen Verhandlungen über Konventionen, durch die die Zollsätze für verschiedene Warengruppen international ermäßigt werden sollen, einzutreten.

Die deflationistische Politik in verschiedenen Ländern hat gleichfalls die Krise verschärft. Die ungleiche Verteilung des Goldes in der Weltwirtschaft ist eines der die Weltwirtschaft lähmenden Elemente. Die Kommission fordert: wirksame Kontrolle der Regierungen über die Notenbanken, Teilnahme von Vertretern der Arbeiterorganisationen an der Leitung der Notenbanken, engste Zusammenarbeit der Notenbanken, Verwandelung der WZ. in ein Organ der internationalen Kreditpolitik, Bekämpfung der Kapitalflucht aus kapitalarmen Ländern, eine auf gleichmäßigere Verteilung des Goldes gerichtete internationale Kreditpolitik.

Die gewaltigen Zahlungen, die Deutschland als Reparationen an seine Gläubiger zahlen muß und diese als Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zahlen müssen, tragen ebenso zur Desorganisation der Weltwirtschaft bei. Der Realwert aller dieser Zahlungen ist durch das Sinken der Warenpreise bedeutend erhöht worden. Diese Zahlungen können auf die Dauer nicht anders als in Waren geleistet werden. Ihre Leistung in Waren wird durch die Hochschuldsollpolitik der Gläubigerstaaten erschwert. Diese Schwierigkeiten verstärken die Tendenz zu Schleuderexporten. Eine Annullierung oder wenigstens Herabsetzung aller dieser aus dem Kriege hervorgegangenen Zahlungsverpflichtungen wäre unzweifelhaft ein Mittel, die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu erleichtern. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten für einen Schuldennachlaß, der eine solche Lösung ermöglichen würde, nur in dem Maße gewonnen werden kann, als sich die europäischen Staaten zur internationalen Abrüstung entschließen.

Aber auch abgesehen davon ist es klar, daß die politische Unruhe die Wirtschaftskrise verschärft,

und nur die Schaffung eines gesicherten Friedens durch die internationale Abrüstung das Wiedergefinden der Weltwirtschaft ermöglichen kann. Die Gleichheit der Sicherheit für alle Staaten muß erreicht werden nicht durch Wiederaufrüstung der bereits entwaffneten, sondern durch bedeutende Abrüstung der noch nicht abgerüsteten Länder.

Die Kommission erkennt an, daß, wie jeder einzelne Staat, auch die europäische Staatengemeinschaft eines Mechanismus bedarf, der die friedliche Revision ihrer Verfassung ermöglicht. Aber sie warnt eindringlich vor den Bestrebungen des faschistischen Imperialismus Italiens, mit dem Schlagwort der Revision der Friedensverträge eine Reihe von Staaten zu einer dem Frieden gefährlichen Allianz zu sammeln. Indem sie auf diese Gefahr, indem sie weiter auf die schwere Zerrüttung der italienischen Wirtschaft und auf die schweren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Septemberwahlen hinweist, erklärt sie die Liquidierung der faschistischen Diktaturen und Diktaturbestrebungen für eine Voraussetzung jener politischen Beruhigung Europas, ohne die die Weltwirtschaft nicht gesunden kann.

Die Kommission ist sich dessen bewußt, daß die Spaltung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, mit China, mit Indien gleichfalls zu den Ursachen der internationalen Wirtschaftskrise gehört. Sie fordert neuerlich die Wiederherstellung der normalen diplomatischen und die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten zur Sowjetunion; die tatkräftige Unterstützung der Anstrengungen der Arbeiter Indiens, Chinas, der Kolonialländer um die Hebung ihrer überaus niedrigen Lebenshaltung; aber auch, da die nationale Befreiung sich als eine Voraussetzung der Entfesselung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte erwiesen hat, die Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe dieser Völker.

Die Kommission gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur erfolgen kann durch die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft und fordert die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen aller Länder auf, den energischsten Kampf für die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu führen.

Die Lohnverluste der deutschen Arbeiterkraft

Für einen Menschen, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, ist der Lohn oder das Gehalt die Grundlage seiner Existenz und der Maßstab zur Teilnahme an kulturellen Genüssen. Wenn nun die Löhne und Gehälter abgebaut werden, so können die Lohn- und Gehaltsempfänger an den Kulturbedürfnissen des Lebens in geringerer Maße teilnehmen, ja teilweise sich kaum noch vollkommen ernähren. Die Summe der Löhne und Gehälter wird immer geringer. Nach dem Konjunkturinstitut hat sich das Arbeitseinkommen allein durch die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit im ganzen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um schätzungsweise 2,7 Milliarden Mark vermindert. Im letzten Vierteljahr allein bedeutet der Verlust an Einkommensbeziehern gegenüber 1929 einen Ausfall an Einkommen von 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark. Zu diesen Beträgen gesellt sich die Verdienstminderung infolge der zunehmenden Kurzarbeit, die — im Vergleich zu 1929 — für das ganze Jahr 1930 mit einem Betrag in der Größenordnung von vielleicht 0,8 Milliarden Mark, für das letzte Vierteljahr von etwa 0,3 bis 0,4 Milliarden Mark anzusehen ist. Ferner hat die Senkung der Tariflöhne, vor allem aber der Abbau der Ueberstundenarbeit, der übertariflichen Bezahlung usw. das Einkommen der Arbeitnehmer vermindert. Der Betrag, um den dies geschah, ist gegenwärtig noch nicht annäherungsweise abzuschätzen. Es kommen die Rückgänge im Einkommen der Unternehmer und große Teile der übrigen Bevölkerungsschichten hinzu. Ganz abgesehen sei zunächst von den Einbußen, die die Arbeitnehmer durch Erhöhung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung, die Beamten durch die Reichshilfe und alle Einkommensbezieher durch die Steuererhöhung in dem ihnen verfügbaren Einkommen erleiden haben. Denn diese Einbußen sind zwar für die Volkswirtschaft im ganzen kein Verlust, da sie auf dem Weg über die Unterstützungsgeber der Arbeitslosen usw. dem Markt wieder zugeführt werden. Sie stellen aber Verschiebungen innerhalb der Märkte dar, die sich nicht ohne Reibung abspielen können.

Wenn im Jahre 1930 ein Lohnverlust von 3,5 Milliarden Mark durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu verzeichnen war, so wird sich in diesem Jahre ein noch weit höherer Betrag ergeben. Weiter muß beachtet werden, daß die Lohnsenkungen im Jahre 1930 erst teilweise zu verzeichnen waren. In dem jetzt laufenden Jahr wird der Verlust an Lohnabzügen und Minderverdiensten ganz gewaltig ins Gewicht fallen. Erst später wird sich errechnen lassen, in welcher Form die Wirtschaftskrise für die Arbeiter und Angestellten von Schaden war.

Alkoholismus, Wohnungsnot, Bodenreform

Von Sanitätsrat Dr. Otto Juliusburger

In meinen zahlreichen Arbeiten über die Voraussetzungen und Veranlassungen zum Alkoholismus habe ich die verschiedensten Seiten des menschlichen Einzel- und Gemeinschaftslebens stets berücksichtigt. Im einzelnen Falle werden bald die rein seelischen Veranlagungen und Hintergründe die maßgebenden Faktoren, wenigstens die auslösenden Ursachen zum Alkoholismus ergeben, in anderen Fällen wiederum werden mehr die Einflüsse zu berücksichtigen sein, die aus der näheren oder weiteren Umgebung, den allgemein herrschenden Wert- und Vorurteilen über die Bekömmlichkeit und Unentbehrlichkeit alkoholischer Getränke herkommen. Ich habe in meinen

Arbeiten schon frühzeitig die sogenannte Tiefenpsychologie berücksichtigt, die sich bekanntlich an die Forschungen Sigmund Freuds anschließt. Wie immer man auch zu seinen Theorien stehen mag, so wird man gewisse Tatsachen zum Verständnis des Seelenlebens nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Die gleichgeschlechtlichen Triebkräfte spielen in klarer Ausprägung oder in mehr oder weniger durchsichtiger Verhüllung eine Rolle im Seelenleben vieler Alkoholiker in ihrer Liebe zur Männerwelt, in roher oder veredelter Form, auch gelegentlich in der Bildung des Eifersuchtwahns. Der einsame Trinker, der still und zurückgezogen heimlich dem Genuß frönt, ist nicht selten ein Gegenstück zum heimlichen Onanisten; sadistische und masochistische Züge finden sich genug im Seelenleben des Alkoholikers. Ich habe aber auch frühzeitig darauf hingewiesen, daß der Alkoholiker sehr deutlich in seinem Seelenleben Wiederholungen und Nachklänge des primitiven Menschen zeigt, so im indifferenzierten Raubbedürfnisse, im Sang zu schweren Geräuschen, in allen sinnlichen Ausschreitungen, in der brutalen Mißhandlung der Frauen und Kinder, die entsprechend der Vorzeit als Objekte, als Gegenstände, als Waren angesehen werden. Selbstverständlich habe ich auch in allen meinen bisherigen Arbeiten auf die überaus wichtigen sozialen Zusammenhänge, in denen der Alkoholismus eine so traurige, verhängnisvolle Rolle spielt, erschöpfend hingewiesen. Der entsetzliche Rhythmus des modernen Arbeitslebens mit der ewigen Heße, mit dem körperlich und seelisch ermüdenden Tempo, mit der Degradierung des Menschen zu einer einfachen, seelenlosen, bis zum letzten Reste auspumpbaren Maschine bringt es in zahlreichen Fällen mit sich, ebenso rasch und ohne Pause dem Genuße sich hinzugeben, insonderheit dem Alkoholgenuß, um nur wieder die innere Schwungkraft des ermüdeten, körperlich-seelischen Organismus in Gang zu setzen, wenigstens auf die schnellste und vielfach auch scheinbar billigste Weise ein Lustgefühl zu gewinnen, ohne das selbst in seiner primitivsten Art der Mensch überhaupt nicht sein kann.

Im Vordergrund der sozialen Bedingtheit des Alkoholismus steht aber die mehr und mehr zum Grauen und Entsetzen ausgeartete Wohnungsnot und die Körper und Seele mordende Arbeitslosigkeit. Immer wieder stößt man in den breiten Massen jetzt in gesteigertem Ausmaße auf diese Zusammenhänge. Wenn die Menschen in Räumen zusammengepfercht sind, die nicht mehr Wohnungen genannt werden können, so ist es wohl zu verstehen, daß die Reibungsflächen zwischen den einzelnen Menschen vergrößert und verschärft werden müssen. — Wenn niemand sich auch nur vorübergehend vom andern Menschen zurückziehen kann, so müssen schließlich die Gegensätze aufeinander prallen und die im Seelenleben aufgespeicherten Gefühle, Leidenschaften, Gemütslagen gewitterartig sich entladen. So sind ja in den engen Wohnräumen Jant, Streit, Lärm, wörtliche und tätliche Ausbrüche nur zu häufig an der Tagesordnung.

Dazu kommt, daß durch die Enge des Zusammenlebens geschlechtliche Regungen erwachen, die sonst kaum je die Schwelle des Bewußtseins überschritten hätten. Familienmitglieder kommen so in naher Berührung; die bei einer normalen Wohnungsverhältnisse stets ausgeschaltet gewesen wäre. So ist es kein Zufall, daß Blutschande in neuerer Zeit so häufig zur Ausübung gelangt. Natürlich werden alle diese Umstände durch den Alkoholismus oerscharft, insofern er notwendige seelische Hemmungen ausschaltet und Gefühle, Triebe, Leidenschaften weckt, die im nicht alkoholisierten Gehirn eben nicht zur Auslösung gelangen. Die Arbeitslosigkeit steigert Verstimmung und Reizbarkeit auf Seiten des arbeitslosen Menschen, sowie auch in den Seelen derjenigen, die immer wieder den heimkehrenden Arbeitslosen enttäuscht empfangen und erbittert sind, wenn er erfolglos von der Suche nach Arbeit oder nach Empfang der ungenügenden Unterstützung in die erbärmliche Wohnung zurückkehrt. Wenn der gesunde Mensch nicht arbeiten kann, so häuft sich in ihm leiblich-seelische Energie auf, die nicht nach außen abgegeben werden kann, sondern im Innern des Organismus aufgespeichert, wieder zur Unruhe, zur Erregung, zu reizbaren Schwachzuständen führt.

So sehen wir in reichem Ausmaße die sozial bedingten Vorgänge, die nur zu oft und zu leicht zum Alkoholismus führen. Wieder kann nur ein klarer, zielbewußter Eingriff in die Wurzel des Lebel's Gefundung herbeiführen. So ist es lebhaft zu begrüßen, daß die sozialdemokratische Partei im Reichstag den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes eingebracht hat, der sich vollständig deckt mit den Forderungen der deutschen Bodenreformer unter Führung Adolf Damaskus. Der diesem hochverdienten Manne zu dankende Artikel 155 der Reichsverfassung muß endlich Wahrheit werden: Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschafts-Heimstätte zu sichern. Damit dieses Ziel erreicht wird, ist ein großzügiger Ankauf von Grundbesitz notwendig. Die Gemeinden müssen in allen Fällen, in denen Grund und Boden zur Veräußerung gelangt, ein Vorkaufsrecht haben. Die Gemeinden müssen das Enteignungsrecht haben, und zwar soll die Entschädigung nach dem der Grundstücksbesteuerung entsprechenden Werte bemessen werden. Der Boden darf nicht länger als ein Stück Ware angesehen werden.

Werden die Grundgedanken der Bodenreform endlich lebendige Wahrheit, dann wird auch mit den vermehrten Neubauten eine großzügige und durchdringende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden. Alle Alkoholgegner, welcher Richtung sie auch angehören, die Abstinenz wie die wirklich Mäßigen, haben gegenwärtig die Hauptaufgabe darin zu sehen, den Kampf für die Schaffung billiger Wohnheimstätten nachdrücklich zu unterstützen. Kampf für die Bodenreform. — das muß jetzt die Losung für jeden einsichtigen und ethischen Alkoholgegner sein!

Hausmaler-Verbandsleben

Lehrlingschiffale

Die Lehrlingszahlen im Regierungsbezirk Köln sind einheitlich geregelt in der Weise, daß die von Berufsorganisationen herausgegebenen Richtlinien sich die Handwerkskammer zu eigen gemacht hat und vom Minister für Handel und Gewerbe anerkannt worden sind. Damit haben diese Richtlinien Gesetzeskraft erlangt. In ihrem Hauptteil besagen sie folgendes:

1. Jeder Meister darf einen Lehrling halten. Es darf eingestellt werden ein zweiter Lehrling bei 4 vollbeschäftigten Gehilfen mit 1200 Arbeitstagen, ein dritter Lehrling bei 8 vollbeschäftigten Gehilfen mit 2400 Arbeitstagen, ein vierter Lehrling bei 14 vollbeschäftigten Gehilfen mit 4200 Arbeitstagen, ein fünfter Lehrling bei 20 vollbeschäftigten Gehilfen mit 6000 Arbeitstagen.

2. Die Höchstzahl der Lehrlinge beträgt 5.

Diese Regelung würde bei einem normalen Stand unseres Gewerbes durchaus genügen, um den Nachwuchs in geordneten Bahnen zu halten. Bei den heutigen Verhältnissen jedoch reichen sie bei weitem nicht mehr aus, um einen stärkeren Zuwachs von Berufsangehörigen zu verhindern, wie dieses im Interesse des Gewerbes liegt. Daß jeder Meister berechtigt ist einen Lehrling zu halten, ist ein Unfug, denn wir haben neben einer Lehrlingszüchtereier eine noch größere Meisterzüchtereier. Im Gebiete der Stadt Köln haben wir rund 2000 Maler- und Anstreichergehilfen, ungefähr 1200 Meister und 478 Lehrlinge. Würde jeder Meister nur einen Lehrling halten, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie sich eine solche Maßnahme auswirken muß. Es dürfte daher die Forderung berechtigt sein, daß die Haltung von Lehrlingen von der Beschäftigung der Gehilfen abhängig gemacht wird. Diese Forderung ist auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen berechtigt. Bei den Meistern, die keine Gehilfen beschäftigen, ist nicht nur die Behandlung oftmals sehr mangelhaft, auch die Ausbildung läßt mehr als zu wünschen übrig, denn der Lehrling wird ja nicht zum Lernen gehalten, sondern er muß den größten Teil seiner Lehrzeit Bearbeiten und Handreichungen verrichten. In der späteren Gehilfenszeit werden dann Vorwürfe erhoben, ohne daß dabei Rücksicht genommen wird, daß die mangelnden sachlichen Kenntnisse der Meister es verschuldet haben.

Einige Beispiele sollen vorerst einmal zeigen, wie manche Meister ihre Pflichten als Lehrer und Erzieher auffassen und erfüllen.

In dem Nachbarstädtchen A. beschäftigt der Meister Sch. zwei Lehrlinge, die bei ihm in Kost und Logis sind. Am Mittagstisch sitzen der Meister und die Meisterin an den beiden Längsseiten des rechteckigen Tisches, während die Lehrlinge sich an den Kopfseiten gegenüber sitzen. Die Tischdecke wird quer über den Tisch gelegt, so daß nur der Meister und die Meisterin am bedeckten Tisch essen, die Plätze der Lehrlinge bleiben unbedeckt.

Die Firma R. & O. läßt die Grundierarbeiten in Neubauten von ihren Lehrlingen im Akkord ausführen. Jeder Lehrling muß täglich 7 Türen grundieren, für jede weitere Tür erhält er eine besondere Vergütung von 10 % pro Stück.

Der Lehrling S. bei der Firma J. mußte regelmäßig bis abends 7 Uhr arbeiten. Darüber waren die Eltern ungehalten und wünschten, daß ihr Sohn früher Feierabend haben sollte. Der Lehrmeister erklärte, wenn sie noch einmal mit ihren sozialistischen Ideen kommen, dann wollte er sie „deutsch-national“ belehren. Vor dem Innungschiedsgericht mußte er wegen der langen Arbeitszeit und auch bezüglich der Behandlung erst belehrt werden, was er zu tun und zu lassen habe.

Ein besonderes Exemplar ist der Meister Sch., der glaubt seinen Lehrlingen durch Ohrfeigen die richtige sachliche Ausbildung beibringen zu müssen. In der Werkstätte brüllt er herum, daß die Nachbarschaft schon Anstoß daran genommen hat. Wegen seines „anständigen Betragens“ erhielt er kürzlich auf einer Baustelle von einem Installateurgehilfen ein paar schallende Ohrfeigen. Wir haben die Abnützung nachprüfen zu lassen, ob hier die Qualifikation zur Ausbildung von Lehrlingen noch vorhanden ist.

Gegen die Firma F. haben wir ein Strafverfahren eingeleitet wegen zu langer Arbeitszeit ihrer Lehrlinge. Nachdem sich F. verpflichtet hat in Zukunft die gesetzliche Arbeitszeit einzubalten, wurde das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft eingestellt.

Die Fälle, wo Lehrlinge aussetzen mußten, ohne eine Entschädigung zu bekommen, waren recht erheblich. Wir haben in jedem einzelnen Falle, soweit uns diese zur Kenntnis kamen, konsequent auf die Einhaltung des Lehrvertrages beharrt. Wenn die Meister für die Lehrlinge keine Beschäftigung haben, mögen sie es auch unterlassen Lehrlinge einzustellen. Wir werden auch weiterhin dafür beizutragen sein, daß die Lehrlinge in den Betrieben so behandelt und ausgebildet werden, wie es im Allgemeininteresse notwendig ist. Darüber hinaus werden wir dahingehend wirken, daß der Nachwuchs in die Grenzen gebracht werden muß, daß später jeder Kollege die Möglichkeit hat, wenigstens einigermaßen in seinem Beruf sein Auskommen zu haben. Die Kollegen fordern wir auf, die Verwaltung in diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Arbeitszeit und Juristerei

Leser die Überschrift eines Artikels vom 15. Januar 1931 im Trauz der Südwestdeutschen Malermeister-Vereinigung „Der Malermeister“. Dem Artikel liegt, wie uns aus Karlsruhe berichtet wird, folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Laufe des Sommers 1930 wurden mehrere Malermeister wegen Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit durch die Gewerbeaufsichtsbehörde zur Anzeige gebracht. Gegen den ihnen zugestellten Strafbefehl hatten sie gerichtlichen Einspruch beantragt. Der Staatsanwalt sowie der Einzelrichter bestätigten die Strafbefehle, die unserer Auffassung nach sehr gelinde ausgefallen waren. Einige der bestraften Malermeister legten aber gegen das Urteil Berufung bei der Strafkammer ein.

Hier beginnt nun unserer Meinung nach die „Juristerei“. Der Malermeistervereinigung hat, wie sie selbst in dem Artikel mit Nachdruck betont, ihr Bestes getan, um Material zugunsten ihrer Mitglieder zusammenzutragen. Einen ihrer besten Rechtsanwältinnen beauftragte sie mit der Vertretung, um ihren Kollegen zu helfen. Nach der Arbeitszeitverordnung können nun jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 30 Tage im Jahre täglich zwei Stunden länger beschäftigt werden. Darauf berief sich der Rechtsanwalt und fand auch ein williges Gericht, das seiner Argumentation folgte. Das Landgericht hat nur die Not der Malermeister erkannt und die Herren Malermeister W. E., R. A. U. und J. A. S. am 26. November 1930 wegen zu langer Arbeitszeit ihrer Lehrlinge freigesprochen, obwohl der Malermeister W. E. bei der Verhandlung selbst zugab, daß seine Lehrlinge abends 1 1/2 und 2 Stunden über die tarifliche Arbeitszeit hinaus im Geschäft bleiben mußten, um Materialien zurechtzumachen usw. — Die Malermeistervereinigung rühmt sich nun damit, daß sie es fertig bekam, ein für sie günstiges, für alle andern Menschen aber unverständliches Urteil zu erhalten.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit der Arbeitszeit im Malergewerbe aus? Die Spaziergänger pfeifen es von den Dächern, daß in keinem Gewerbe eine so ungeheure Lehrlingszüchtereier und Arbeitszeitüberschreitung stattfindet als in diesem. Zum Teil wird das in dem erwähnten Artikel von der Malermeistervereinigung selbst zugegeben. Aber gerade darum ist es ein Verbrechen am Gewerbe und an der Arbeiterschaft, wenn dieses Urteil noch, wie es in dem Artikel geschieht, als richtig hingestellt wird. Wie falsch das Urteil ist, versteht man erst, wenn man sich im Malergewerbe näher umsieht und feststellt, wo die Lehrlinge zu Hause sind, denen man zumutet, täglich zwei Stunden länger zu arbeiten als es im Gesetz beziehungsweise Tarif vorgesehen ist. 80 % von ihnen sind aus entlegenen Gemeinden. Sie müssen, um morgens 7 Uhr zur Arbeitsstelle zu sein, um 4 Uhr aufstehen, ein bis zwei Stunden mit der Bahn fahren, dann von morgens 7 Uhr und nach dem Urteil des Landgerichts bis abends 7 Uhr arbeiten. „Nun müssen sie dieselbe Bahnfahrt wie morgens nochmals machen, so daß die Jungen um etwa 10 Uhr abends zu Hause sind. Sie sind also nicht nur 10, sondern bis zu 16 Stunden und noch länger täglich unterwegs. Wären dem Gericht diese Verhältnisse vorgetragen worden, es hätte wohl ein etwas anderes Urteil gefällt.

Zur Begründung des Urteils wurde auch der 13 Stunden betragende, wöchentliche Berufsschulunterricht angeführt. Als die Arbeitgeber Gründe brauchten, um die vierjährige Lehrzeit einzuführen, hat man den Schulunterricht auch zur Begründung herangezogen. Es geht also so und auch anders herum. Das Lehrlingsunwesen im Malergewerbe im „Musterlande Baden“ ist schon einmal an dieser Stelle als das Schlimmste in ganz Deutschland gekennzeichnet worden. Die Früchte zeigen sich gerade zur Zeit sehr deutlich; denn bis zu 95 % der Malergehilfen sind arbeitslos. Eine Rundfrage bei den Eltern der Lehrlinge hat ergeben, daß ein Drittel aller Lehrlinge schon seit Wochen ohne Entschädigung zu Hause sitzt. (Eine Veröffentlichung der einzelnen Meister, die ihren Lehrling aussetzen ließen, behalten wir uns vor.) Im Sommer also eine lange Arbeitszeit, um die Lehrlinge richtig auszubilden zu können, um es den „armen“ Malermeistern im Winter recht bequem zu machen. Böse Zungen behaupten, daß diese auch Zeit haben müßten, um Skisport zu treiben. Den Lehrling schießt man nach Hause und überläßt ihn seinem Schicksal. Wenn sich nun Richter finden, die diesem Uebel zu Leibe gehen wollen, so nennen die Meister dies „Juristerei“.

Um die Lehrlingszüchtereier und Lehrlingsausbeutung wirksam bekämpfen zu können, fordern wir alle Berufsangehörigen und die gesamte Arbeiterschaft auf, uns in unserem Kampfe zu unterstützen. Meldet der Filialverwaltung alle Fälle, die euch bekannt werden, so daß wir jeden Meister, der die gesetzliche Arbeitszeit überschreitet, zur Anzeige bringen können.

Wir stehen wieder vor der Schulentlassung. Die Eltern haben Sorge um das Fortkommen ihres Kindes. Laßt eure Jungen aber nicht Maler werden; denn dann sind sie schon im voraus zur Existenzlosigkeit verurteilt. Vier Jahre werden die Jungen ausgebeutet und dann sind sie arbeitslos. Sollten aber doch Schulentlassene das Malerhandwerk erlernen wollen, so bitten wir die Eltern dringend, sich erst auf dem Büro des Malerverbandes Karlsruhe, Schützenstraße 16, beraten zu lassen. Vor allem keine Lehrverträge unterschreiben, bevor Auskunft über die Firma bei uns eingeholt wurde.

Unsere Lehrlingen aber rufen wir zu: „Hinein in die Jugendabteilung unseres Verbandes! Denn sie ist bestrebt, Euch vor Ausbeutung zu schützen.“

Arbeiterfeindliche Politik

„Der Mittag“, ein bürgerliches Blatt, für Beseitigung des Tarifvertrages im Malergewerbe.

In Nummer 31 des in Düsseldorf erscheinenden „Mittag“, der auch im Industriegebiet gelesen wird, meint ein Herr Adolf Färber aus Essen, dessen Name im Adressbuch nicht aufzufinden ist, unberufenerweise Stellung gegen den Tariflohn im Malergewerbe, weil er ein Hindernis des Preisabbaues und der schlechten Lage des Gewerbes sein soll. Der gute Mann, der, wie man zu sagen pflegt, von Lutten und Blasen keine Ahnung hat, und dem Malergewerbe vollständig fernsteht, schreibt in seinen Schlussausführungen folgendes:

„Also, liebe Reichsregierung, lasse alle Lohnstarke usw. fallen, dann geht es von selbst bergauf! Zeige dich mutig und unbefangen! Ohne Märtyrer und Bekenner geht es nicht!“

Sold ein Märtyrer und Bekenner, wie der im Adressbuch unbekannt Adolf Färber aus Essen, hat der Reichsregierung noch als Warner und Ratgeber gefehlt.

Färber erzählt uns im „Mittag“, wie von unserer Filialverwaltung in Essen berichtet wird, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit im Maler- und Anstreichergewerbe sich arbeitslose Maler- und Anstreichergehilfen angeboten hätten, unter dem Tariflohn zu arbeiten. Die Gehilfen, sagt er, vertraten den ganz richtigen Standpunkt, wenn sie billiger arbeiten würden als zu dem relativ sehr hohen Tariflohn, würde der Unternehmer bestimmt mehr Arbeit hereinbekommen, da er günstigere Angebote machen könne. Auf dieses Angebot sei ein Meister eingegangen. Es löst dann noch das Verhalten der Gehilfen, weil dadurch der Meister in der Lage gewesen sei, Aufträge hereinzuholen, was sonst nicht der Fall gewesen sei. Aber, sagt er, da kein eines Tages ein Gehilfe und meldete die Unterbezahlung seinem Verband. Das Ergebnis war eine Klage bei dem Arbeitsgericht, mit dem Ergebnis, daß der Unternehmer allen Gehilfen die Tariflohndifferenz für mehrere Monate nachzahlen mußte, trotzdem ja ein freiwilliger Lohnvertrag zustande gekommen war. Daß in der Deutschen Republik die freie Willensäußerung so wenig Geltung hat, erscheint mir in bezug auf diesen Fall sehr bedenklich.“

Sowohl, in der Deutschen Republik, die dieser Nazimann durch eine großkapitalistische Nazidiktatur ersetzen möchte, bestehen, wie in allen Kulturstaaten tarifliche Vereinbarungen, die den Schwächeren, den Arbeiter, vor der freien Willensbestimmung der „Stärkeren“ schützen. „Vorläufig leben wir noch nicht im Dritten Reich oder im Bonolulu.“

Der gute Mann glaubt, wenn keine Tariflöhne gezahlt würden, sei Arbeit genügend vorhanden. Er weiß zwar nichts davon, daß in Groß-Essen 500 Meister vorhanden sind, davon drei Viertel Kleinmeister, die gepißt sind, für jeden Preis Arbeiten auszuführen, wobei ihnen rund 750 billige Arbeitskräfte, Lehrlinge, zur Verfügung stehen. Auch sie haben keine Aufträge und fallen teilweise der Wohlfahrt zur Last. Auch in den Gegenden, wo keine Tarifverträge bestehen, ist keine Arbeit vorhanden, auch dort sind die Gehilfen zu 90 % arbeitslos. Ob die tariflichen Vereinbarungen im Maler- und Anstreichergewerbe, die bereits 25 Jahre mit dem Rheinisch-Westfälischen Malermeister-Innungsverband abgeschlossen worden, dem Preisabbau entgegenstehen und die Ausführung von Arbeiten verhindern, können unbefugte volkswirtschaftliche Laien nicht beurteilen. Im übrigen verbitten wir uns die Einmischung Berufsfremder in tarifliche Angelegenheiten des Maler- und Anstreichergewerbes.

Aus den Ausführungen dieses Nazimannes erblickt die denkende Arbeiterschaft, wohin der Kurs dieser Leute geht, aber auch, welchen Wert die Gewerkschaften besitzen und wie traurig es um sie bestellt sein würde, wenn der einzelne Arbeiter „im Spiel der freien Kräfte“ schußlos dem stärkeren Unternehmer gegenüberstehen würde.

Stimmen zu unserm Funktionärkursus

Vom 10. bis 15. November 1930 tagte in Probstzella der erste Verbandskursus für 1930/31. Unser Verbandsvorstand hatte einen äußerst glücklichen Gedanken, als er zum diesjährigen Kursusheim das „Haus des Volkes“ in Probstzella (Thüringen) bestimmte. Abgesehen von der freundlichen Aufnahme und guten Verpflegung, auf die ich nicht näher eingehen will, waren die vorzüglichen Räume dieses Hauses ganz dazu angetan, die anwesenden Kollegen sich ihrer Pflichten und Aufgaben, die ihnen als Teilnehmer an einem solchen Kursus erwachsen, bewußt werden zu lassen.

Die Referenten waren vollständig mit ihren Vortragsthemen verwachsen; ihnen zuzuhören war ein ästhetischer Genuß. Besonders die Möglichkeit, die Referenten durch Fragen, die sofort beantwortet wurden, zu unterbrechen, trug zum Verständnis des jeweils behandelten Themas sehr viel bei. Die Vorträge wurden auf diese Weise weit über einen gewöhnlichen Vortrag hinausgehoben. Von dem Recht, Fragen zu stellen, wurde denn auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Alle Vorträge boten den Kollegen reichhaltiges Material aus der Geschichte und Tätigkeit unseres Verbandes; wer einigermaßen Redetalent besitzt, wird das Gehörte auch weitgehend zur Werbearbeit auszuwerten verstehen. Auch der letzte Vortrag, „Verwaltungstechnisches und Geschäftliches“, dürfte vollkommen genügt haben, um die Kursus Teilnehmer mit allen Verwaltungsangelegenheiten einer Filiale vertraut zu machen. Sind aber nun wirt-

lich alle Teilnehmer solcher Kurse in der Lage, die ihnen übermittelten Kenntnisse in der Agitation und Organisation praktisch auszuwerten? (Diese Frage möchte ich allen Teilnehmern solcher Kurse vorlegen.) Sollte das nicht der Fall sein, so tragen die Filialen die Schuld, die Kollegen entandt haben, bei denen nicht im voraus mit Sicherheit ein Erfolg feststand. Die Notwendigkeit und den Wert solcher Kurse muß jeder Teilnehmer anerkennen. Er hat nun aber auch die Pflicht, durch eifrige Tätigkeit für den Verband, für die ihm übermittelten Kenntnisse zu danken und dadurch den Vorstand zu veranlassen, noch mehr solche Kurse abzuhalten, um so noch recht vielen Kollegen die Möglichkeit zu bieten, sich Wissen und Bildung anzueignen; denn Wissen ist Macht, und Bildung macht frei, dessen möge sich jeder Kollege stets bewußt sein. Frits Geilfuß, Marburg.

Die Filiale Königsberg räumt mit der AGD. auf

Königsberg. Am 29. Januar 1930 hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Kollege Schwarz gab einen ausführlichen Geschäftsbericht. Er hob hervor, daß, wenn wir die große Arbeitslosigkeit betrachten, wir mit den Massenverhältnissen zufrieden sein können. Aber es bewahrheitet sich nicht, daß der Hauptvorstand nur Geld nimmt, aber nichts herausbringt will, denn ohne Zuschuß aus der Hauptkasse wären wir in diesem Winter nicht ausgekommen. Der Mitgliederstand am Schlusse des Jahres 1930 betrug 1109. In den Versammlungen beschäftigten wir uns mit dem Betriebsrätegesetz, dem Bauarbeitergesetz, den Lohnverhandlungen, mit Wirtschaft- und Berufsfragen im Maler- und Lackierergewerbe, mit Kranken- und Erwerbslosenfragen. Der Versammlungsbesuch im allgemeinen sei zufriedenstellend gewesen, nur in den Sommermonaten ließe er zu wünschen übrig. Hier bietet sich ein Betätigungsfeld für die Obleute der Werkstuben, die Kollegen zum Versammlungsbesuch zu erziehen. Die Versammlungen sind dazu da, daß man seine Wünsche und Schmerzen vorbringt, Mitteilungen und belehrende Vorträge sich anhört, damit nicht auf den Arbeitämtern und Arbeitsstellen alles mögliche erzählt und gesprochen wird, wozu man von einer gewissen politischen Seite den Stoff erhält. Er empfahl solchen Drahtziehern, die im Erlösen sitzen wollen und die elende Lage der Kollegen benutzen, um ihr Parteistückchen zu fischen; die Antwort zu erteilen, die sie verdienen. Mit Phrasen schafft man keine Verbesserung, sondern nur durch tatkräftiges Handeln und geschlossenes Arbeiten innerhalb der Organisation. Er streifte dann die Tätigkeit des Ortsamts. In den Sitzungen mit der Innung und dem Arbeitgeberverband stand die Regulierung der Lehrlingsfrage im Vordergrund. Nach jahrelang geführtem Kampfe ist es gelungen, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband und der Innung, auf dem Gebiet der Lehrlingshaltung einige Fortschritte zu machen. Die Höchstzahl der zu beschäftigenden Lehrlinge ist von 7 auf 5 reduziert worden. Nach erneuter Eingabe an das Ministerium ist die Haltung der Lehrlinge in den Betrieben, die keinen Gehilfen beschäftigen, von 2 auf 1 herabgesetzt, was sich im Beruf zugunsten der Kollegen auswirken wird. Kollege Schwarz gab ferner bekannt, daß die Anstöße bei den Kleinmeistern um sich greift, Arbeitsverhältnisse einzustellen und diese mit beruflichen Arbeiten zu beschäftigen. Hier liegt es an den Kollegen, von solchen Fällen sofort Mitteilung im Verbandsbüro zu erstatten, damit dagegen eingeschritten werden kann. Ueber die Arbeitsbeschaffung im Winter sind gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband die Prospekte des Reichsausschusses für Sachverhaltung durch Anstich verteilt worden. Wir wollen hoffen, daß diese Maßnahme einen Erfolg bringt. Durch die Tätigkeit vor den Arbeitsgerichten konnte in 24 Klagen eine Summe von 1019,65 M für die Kollegen herausgeholt werden. Auch verschiedene andere Klagen bei den Arbeitämtern konnten restlos zur Zufriedenheit der einzelnen Kollegen erledigt werden. In diesem Jahre hat der Hauptvorstand in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit zu Weihnachten eine Sonderunterstützung gezahlt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine genaue Buchkontrolle durchgeführt und es zeigte sich, daß einige Kollegen geglaubt haben, trotzdem sie arbeiten, die Zehnpfennigmarte fleben zu können. Die Kollegen mußten restlos den Vollenbeitrag nachzahlen. In Zukunft werden auf Grund dieser Erfahrung Zahlungen nur geleistet unter Vorlegung der notwendigen Bescheinigung, aus der die Arbeitsfähigkeit beziehungsweise Arbeitslosigkeit hervorgeht. Die Zahlstellen werden durchweg gut betreut. Die Jugendabteilung konnte trotz des Abganges der Jungkollegen, die Gehilfen wurden, immer wieder neu aufgeholt werden, so daß an dem Bestand gegenüber dem Jahre 1929 keine wesentliche Veränderung eingetreten ist. Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte Kollege Schwarz weiter im Interesse der Organisation tätig zu sein und auch für das Jahr 1931 die Ortsverwaltung in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. In der Diskussion zum Geschäftsbericht meldete sich der Sprecher der AGD. Er übte keine Kritik an dem Geschäftsbericht, sondern spielte die übliche Walze ab. Auch der Fürsorgearbeiterstreik in Königsberg wurde neu aufgewärmt. Hierbei gestand der Kollege Ernst Schröder, daß der Fürsorgearbeiterstreik kein wirtschaftlicher gewesen sei, sondern ein politischer. Die andern Diskussionredner traten den Ausführungen entgegen. Kollege Schwarz zerpflückte dann in seinem Schlußwort die Ausführungen Sch's. derartig, daß die Versammlung die Ausführungen der AGD. so auffaßte, wie sie es verdient haben, was sich in den späteren Neuwahlen kennzeichnete. Das Flugblatt, das am Eingang des Gewerkschaftshauses an die die Versammlung besuchenden Kollegen von der AGD. verteilt wurde, hatte also seinen Zweck verfehlt. Es erfolgte dann die Neuwahl des Amteleiters, der sich alle zwei Jahre zur Wahl zu stellen hat. Die Wiederwahl erfolgte mit Dreiviertelmehrheit. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung zeichnete die AGD. eine eigene Liste ein. Kollege Schwarz legte dann ebenfalls eine Liste vor. Das Ergebnis der Wahl war eine überwältigende Mehrheit für die Liste des Kollegen Schwarz. Für die AGD. fanden sich ganze 12 Kollegen. Es wurde ferner beschlossen, daß die Besetzung der andern Ämter erfolgen soll. Dieses

Wahlergebnis bedeutet gleichfalls eine Abfuhr für die AGD., wie sie es sich nicht hat träumen lassen. Es zeigte sich, daß die Kollegen das ewige Geschwätz der AGD. satt haben und nicht gewillt sind, sich von einer Handvoll Leuten terrorisieren zu lassen. Das Ergebnis der glänzend verlaufenen Generalversammlung war für die AGD. so, daß sie auch ihren letzten Vertreter in der Ortsverwaltung los wurde und diese sich zusammensetzt aus Kollegen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und die Gewähr bieten, daß die Interessen der Mitglieder durch Saten und nicht nur durch revolutionäre Phrasen vertreten werden. Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband konnte der wiedergewählte erste Vorsitzende, Kollege Witt, die Versammlung schließen. F. U.

Jahresbericht der Filiale Gera. Hatten wir zu Anfang des Jahres 1930 geringe Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaftslage, im besonderen in Auswirkung für unsern Beruf, ausgesprochen, so waren unsere Befürchtungen berechtigt; denn die Arbeitslosigkeit hat für unsern Beruf einen erschreckenden Umfang angenommen und betrug am Ende des Jahres 90%. Daß da natürlich die Unterstützungseinrichtung unseres Verbandes stark in Anspruch genommen worden ist, versteht sich von selbst. Es ist wohl auf keinen Fall zu verkennen, daß die damit ergriffene Selbsthilfe der Gewerkschaften ihre Schlagkraft bedeutend erhöht. Die im Jahre 1929 auf dem Verbandstag in Stuttgart beschlossene und seit dem 1. April 1930 in Kraft getretene Invalidenunterstützung trägt gewiß dazu bei, unsern invaliden Kollegen ihr schweres Los erträglicher zu gestalten.

DAS GEDRUCKTE WORT

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum werfe den gelesenen „Maler“ nicht fort, sondern gebe ihn an unorganisierte Kollegen weiter. Die Zeitung ist stets ein gutes Werbemittel für den Verband

Die Befürchtung, daß durch die schlechte Wirtschaftslage unsere Mitgliederzahl schwinden würde, ist erfreulicherweise nicht eingetreten, wir zählten am Jahreschlusse 216 Mitglieder, haben uns also stabil gehalten. Hieraus ist zu erkennen, daß die Unterfasser einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, unserer Organisation das gehörige feste Gefüge zu geben, so muß es auch sein. Es ist aber notwendig, daß den Unterfasserern ihre Arbeit erleichtert wird dadurch, daß diesem verantwortlichen Posten mehr Verständnis entgegengebracht wird als bisher.

Die Geschäfte der Filialverwaltung und die Vertretung der Interessen der Kollegen wurden an 51 Geschäftstagen erledigt. Es wurden 9 Mitgliederversammlungen und eine Hauptversammlung abgehalten. Eine aufregende und äußerst undankbare Arbeit galt es zu erledigen zur Frage der Sonderregelung. Der Schriftwechsel mit dem Arbeitsamt Gera war ein langwieriger und in den meisten Fällen ein abweisender. Durch Erheben von Einprüchen ist in verschiedenen Fällen ein Erfolg zu verbuchen; es haben eine Anzahl Kollegen die im vorigen Jahre zu unrecht zu wenig erhaltene Unterstützung nachgezahlt erhalten; für manchen war das eine willkommene Weihnachtsgabe. Daß nicht alle Kollegen zu ihrem Recht gekommen sind, ist nicht unsere Schuld; dieses haben wir den Herren Arbeitgebern zu verdanken, die ihr soziales Mitempfinden dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie die notwendigen Bescheinigungen für das Arbeitsamt nicht ausstellten.

Die in der Zeit vom 14. bis 24. Dezember erfolgte Auszahlung der Sonderunterstützung unseres Verbandes und der vom Ortsausschuß Gera durchgeführten Winterbeihilfe erfolgte reibungslos; es wurden an 67 Kollegen 788 M aus Mitteln der Hauptkasse, 308 M in Gutscheinen der Winterbeihilfe des Ortsausschusses ausbezahlt. Weiter wurden an Unterstützungen im Jahre 1930 ausgezahlt: Erwerbslosenunterstützung 1470 M, Krankenunterstützung 340 M, Invalidenunterstützung 444 M. Diesen Zahlen noch eine Erklärung hinzufügen, ist wohl überflüssig.

Im Ortsamt wurden 7 Sitzungen abgehalten. Die für unsere Kollegen wichtigsten Sitzungen waren die örtlichen Verhandlungen zum Reichstarif. Der Schiedspruch konnte uns in bezug auf Beginn der Arbeitszeit und Festlegung der Entschädigungssätze bei auswärtigen Arbeiten mit Übernachten nicht befriedigen, wir mußten aber auf Grund der bestehenden Wirtschaftslage zustimmen. Einen Fortschritt haben wir damit zu verzeichnen, daß die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt wurde, also die 46stündige Arbeitswoche eingeführt ist.

Wie Du —

- Wie du, so namenlos und unbekannt.
Wie du, so arm und hinverloren und vergessen — gleich Kummerbäumen vor den Großstadttoren, wozin kein lichter Sonnenschimmer fällt.
Wie du, vom heißen Armachtstrieb befeßen — zu Leben — ganz erfüllt und stark und groß.
Wie du, den Hammer immer in der trostigen [Proletenhand] —
Wie sich auch uns die Welt als Wunderband — [senthüllt] —
Otto Ziese.

Der Lehrlingsausschuß hatte Gelegenheit, sich an den Verhandlungen der Innungsverfassungen zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse erfolgreich zu betätigen. Es wurden einschneidende Änderungen in der Eignungsprüfung sowie Einführung von Zwischenprüfungen durchgeführt. Die Innung hatte auch wieder in diesem Jahre versucht, unsere Zustimmung zur Verlängerung der Lehrzeit zu erhalten, aber vergeblich; wir konnten die angeführten Gründe zu einer Verlängerung nicht anerkennen, vielmehr forderten wir die Herabsetzung der Lehrzeit auf drei Jahre, während die Meister eine vierjährige forderten. Zur diesjährigen Gesellenprüfung hatten sich 31 Lehrlinge gemeldet, wovon 1 mit sehr gut, 5 mit gut, 24 mit genügend und einer nicht bestanden haben.

Nun noch einige Worte über die Jugendbewegung innerhalb unseres Verbandes. Alle Bemühungen der örtlichen Verwaltung sowie der Jugendleiter, die jungen Kollegen zusammenzubringen, sind bisher vergeblich gewesen. Junge Kollegen! Auf diese Weise kommen wir nicht vorwärts, oder soll uns das Wenige, was wir bisher erreicht haben, wieder entrisen werden? Wir glauben nicht, daß das Euer Wille ist. Deshalb muß es für Euch als heilige Pflicht gelten, den kommenden Veranstaltungen unserer Jugendabteilung sowie denen des freigewerkschaftlichen Jugendkartells mehr Beachtung zu schenken und diese regelmäßig besuchen. Es dient nicht nur Eurer Weiterbildung im Beruf, sondern die Allgemeinbildung soll hierbei mit gefördert werden. Ganz besonders wertvoll ist der Meinungsaustausch über Berufsfragen, welches Thema wir in den Vordergrund unserer Veranstaltungen stellen. Neben dieser ernsten Arbeit soll auch der heitere Teil zur Geltung kommen; denn die Maler waren ja von jeher ein lustig Volk und voll von sprudelndem Humor; dieses muß trotz der miserablen Lage auch wieder aufleben, und dazu ist die Jugend da, um mitzuhelfen. An Euch, Jungkollegen, liegt es, ein entscheidendes Wort mitzureden und Eure Wege für die Zukunft zu ebnen. Deshalb erscheint alle in unsern Versammlungen und nutzt jede Gelegenheit aus zur Werbung neuer Jungkollegen!

Wir können mit einem gewissen Bangen der Zukunft entgegenzusehen. Gewiß, es muß festgestellt werden, daß Lohndrückereien von organisierten Kollegen nicht zu verzeichnen waren, das wollen wir auch für die Zukunft erwarten. Wir wollen fest zusammenstehen, damit wir das, was wir bisher erreicht haben, festhalten und alle geplanten Verschlechterungen abwehren können. Wir wollen in geschlossenen Reihen unermüdet an der weiteren Festigung unserer Organisation auch im neuen Jahre mithelfen.

Mannheim. Unsere diesjährige Generalversammlung erfreute sich eines außerordentlich starken Besuches der Mitglieder. Nach Begrüßung der anwesenden Kollegen durch den Vorsitzenden gab der Geschäftsführer, Kollege Rehl, den Geschäfts- und Massenbericht, dem wir entnehmen, daß die unerfreulichen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse des verflochtenen Geschäftsjahres, die der Redner in den einzelnen Phasen kurz streifte, auch auf die Entwicklung der Filiale sich ungünstig bemerkbar machten. Die Arbeitslosigkeit in unserer Filiale nahm ungeahnte Dimensionen an. In Mannheim allein zählten wir Ende März 294, Ende Juni 313, Ende September 545, Ende Dezember 575 arbeitslose Mitglieder. In der Industrie wurde fast das ganze Jahr verkürzt gearbeitet.

Die örtlichen Verhandlungen betreffs des Reichstarifvertrages wurden im allgemeinen glatt erledigt mit Ausnahme von Speyer. Dort glaubten die Arbeitgeber durch das Geschrei des Lohnabbaues erst warten zu müssen, bis er auch in unserm Beruf eingetreten sei. Nach langwierigen Verhandlungen mußten sie aber doch einsehen, daß damit keine Geschäfte zu machen seien, so daß endlich auch dort der Abschluß erledigt werden konnte. Es ist begreiflich, daß in einer solchen wirtschaftlichen Depression recht reichlich Veruche gemacht werden, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen, und erst durch scharfes Eingreifen der Organisation und durch Klagen am Arbeitsgericht wurden den Kollegen zu ihrem Recht verholfen und 3000 M für sie gerettet. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschlusse 905. Wenn trotz diesen mißlichen Verhältnissen keine größeren Mitgliederverluste zu verzeichnen sind, so ist das der lebhaften Agitationsarbeit zu danken, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten, wofür ihnen auch an dieser Stelle Dank gesagt sein soll.

Unsere Jugendabteilung, unter rühriger Betätigung unseres Jugendleiters, Kollegen Fiebig, entwickelte eine lebhaft Tätigkeit. In den Versammlungen und Zusammenkünften fanden belehrende Vorträge statt; außerdem wurden Spielabende, Wanderungen und ein Schriftkursus veranstaltet, die sehr gut besucht waren. An dem im Oktober stattgefundenen Jugendtreffen in Bad Dürkheim beteiligten sich auch die Jungkollegen von Neustadt/Hard. Unsere diesjährige Jubiläumsfeier, bei der 21 Jubilare in Frage kamen, erfreute sich eines sehr starken Besuches und nahm einen glänzenden Verlauf. Es ist ja nicht möglich, alle weiteren Einzelheiten des Berichtes hier wiederzugeben, die dieses arbeitsreiche Jahr mit sich brachte.

Der Massenbericht ergab einen Massenbestand von 5644,78 M. Die Revisoren berichteten, daß im Laufe des Jahres 7 Massenrevisionen stattfanden und alles in bester Ordnung gefunden wurde. Auf deren Antrag wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Sämtliche Mitglieder des Filialvorstandes wurden einstimmig wiedergewählt.

Darauf gab Kollege Suß ein lebendiges Bild von dem Einfluß der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse unter den zum Schaden der Arbeiterchaft überhöhten Rationalisierungsbestrebungen. Der Vortrag fand die volle Aufmerksamkeit der Kollegen. Der Vorsitzende, Kollege Meckle, ermahnte trotz der Misere der Zeit, den Mut nicht zu verlieren, stets weiterzustreben und zu werden für den Verband, bis auch die noch fernstehenden Kollegen zur Besinnung gekommen und den Anstich uns finden.

Unterhaltungswissen

Arbeiterdichtung

Eines vor allem sei den Ausführungen über Arbeiterdichtung vorangestellt: Die Anwendung der Begriffe „bürgerlich“ und „proletarisch“ ist nicht von der Ideologie des Dasses beeinflusst, die Begriffe sind darum auch nicht von einem parteipolitischen Horizont eingespannt, sondern sie werden ganz einfach als kulturhistorische Attribute geführt. Dasselbe gilt von dem Attribut „politisch“, das nicht mit parteipolitisch zu verwechseln ist.

Arbeiterdichtung ist ein Stück proletarischer Literatur, denn sie trägt alle Merkmale des proletarischen Standes in sich. Der Arbeiter wird in ihr ein Stück seines proletarischen Ichs erkennen, zu dem er sich mehr hingezogen fühlt als zu Dantes „Göttlicher Komödie“, zu Goethes „Faust II“, zu Gerhart Hauptmanns „Till Eulenspiegel“ oder zu Thomas Manns „Zauberberg“. Man wird diese Tatsache sicher ohne weiteres verstehen, wenn man sie verstehen will. Und bei all denen außerhalb des proletarischen Standes, wo die Erlebnisfähigkeit zur Literatur im allgemeinen vorausgesetzt werden kann, bei denen kann man sicher auch die Erlebnisbereitschaft und -fähigkeit zur Arbeiterdichtung erwarten, wenn ihr Herz und Geist vorurteilsfrei genug ist, die Psyche des Arbeiters zu verstehen.

Es gibt bereits eine ganze Reihe von Anthologien, die Arbeiterdichtungen zusammenfassen, und die Anzahl der Werke, mit denen die Arbeiterdichter auf dem Büchermarkt vertreten sind, ist ebenfalls beachtenswert, ja, sie bleibt auch dann noch beachtenswert, wenn man das Wertvolle vom Dilettantischen absondert. Die großen sozialistischen Zeitungen und verschiedene andere Blätter machen uns nicht nur durch Gelegenheitsarbeiten und Reportagen mit den Arbeiterdichtern bekannt, sondern sie tun es auch durch Arbeiten, die man später einmal zu dem, was bleibt, rechnen wird.

Aus all den angeführten Tatsachen ist zu entnehmen, daß wir es bei der Arbeiterdichtung bereits mit einem feststehenden Literaturbegriff zu tun haben; ein Begriff, über den eine gute, bis zur Gegenwart geführte Literaturgeschichte nicht mehr schweigend hinweggehen kann. In ihrer Begriffstreue wird sich Arbeiterdichtung einerseits fernhalten von den dichterischen Mäxchen eines engstirnigen, parteipolitischen Radikalismus. Andererseits wird sie aber eine geläuterte Tendenz ihrer Kunst niemals verleugnen, und sie in dem wirklich ernst zu nehmenden Streik der Geister mit in das Dreffen führen.

Die politische Entwicklung der letzten Zeit lehrt uns: Die Massen sind in die Geschichte eingetreten. Kein Streit um die politische Zielrichtung ihres Willens kann über die Tatsache hinwegtäuschen. Fest steht: Ein Staat, der diese Masse in seine Struktur nicht einbezieht, kann nicht existieren. Aber nicht nur in die Geschichte, die Masse ist mit ihren Dichtern, den Arbeiterdichtern, auch in die Literatur eingetreten. Obwohl vorher längst geahnt, hat sich dieser Vorgang seit der Novemberrevolution erst mit vollem Bewußtsein vollzogen. — Die Tatsache, die Masse tritt mit ihren Dichtern in die Literatur ein, ist nicht nur einzigartig, sondern auch von großer kulturhistorischer Bedeutung; denn bisher war die wirtschaftliche Not so drückend (was nicht heißen soll, daß sie jetzt nicht mehr drückt), daß die von ihr heimgeführten Menschen den Weg zur Kunst, zur eigenen künstlerischen Gestaltung ihres Schicksals, den Weg zum künstlerischen Ausdruck ihres politischen Willens und ihrer Sehnsucht gar nicht finden konnten. Unser gesamtes Geistesleben befindet sich an einem Wendepunkte, befindet sich in einem Revolutionsprozeß, unter dessen Symptomen das der Arbeiterdichtung nicht an letzter Stelle steht.

Wenn vorher festgestellt wurde: Nicht nur in die Geschichte, sondern auch in die Literatur sind die Massen eingetreten, so könnte zunächst nicht zu Unrecht gefragt werden: Beschäftigt dies nicht schon viel früher durch Heine, Ibsen, Zola, A. France, Solzoi, Hauptmann und andere? Wir müssen diese Frage verneinen; denn diese Dichter vermittelten uns wohl soziale Dichtung, indem sie soziale Verhältnisse mancherlei Art schilderten — soziale Dichtung hat aber mit Arbeiterdichtung in des Wortes ursächlichster Bedeutung nichts zu tun.

Die eigentlichen Merkmale des Arbeiterdichters sind, daß er zunächst die uns geläufige Bedeutung des Wortes Arbeiter aufweist. Dazu gehört vor allem seine soziale Stellung als solche und das ihn auszeichnende Klassenbewußtsein. Wenn aber ein solcher Arbeiter nur Frühlingsgedichte und Gedichte auf die Liebe schreibt, so wie sie ein Primaner oder eine höhere Tochter auch schreiben, so ist das natürlich noch lange keine Arbeiterdichtung. Notwendig ist, daß der Inhalt der schriftstellerischen Improvisationen eines Arbeiters auch die Sehnsucht, die Hoffnung und den politischen Willen seiner Klasse erfasst. Der Begriff der Arbeiterdichtung wird außerdem da am vollkommensten sein, wo auch die Sprachkraft, die künstlerische Form der Dichtung ohne Vorbild ist und neue Formen zeigt, wie wir es in bisher nicht wieder erreichter Weise bei dem Schutzheiligen der Arbeiterdichter, bei dem einzigen Genie unter ihnen, bei dem jeder viel zu früh aus diesem Leben gerissenen Gerrit Engelke vorfinden kann. Natürlich ist hierbei nicht zu übersehen, daß eine derartig junge Kunst, wie die Arbeiterdichtung, keine künstlerische Forderungen an Form und Inhalt immer sogleich erfüllen kann, wenn man bedenkt, wie viele Jahrhunderte bürgerlicher Dichtungsform vorausgegangen sind.

Die Engelke schließen sich in der Reihe der Arbeiterdichter an Heinrich Perich, Paul Zech, Ernst Bredemeyer, Max Barthel, Karl Bröger und andere an. Von ihrem Ruf. Von Bedeutung ist es

noch, darauf hinzuweisen, daß Schönland der Vater und Förderer eines besonderen und typischen Teiles der Arbeiterdichtung, der des Sprechchors ist. Der Sprechchor, einer der unerlässlichen Faktoren proletarischer Festgestaltung, ist eine der bedeutungsvollsten Arten moderner Kollektivkunst.

Der beschränkte Raum dieser Ausführungen erlaubt es nicht, näher auf das einzelne Leben der Arbeiterdichter einzugehen. Außerdem ist ihr Schicksal das allgemein proletarische, Not, Landstraße und harte Arbeit, sind die Meilensteine ihres Lebensweges. Es kam mir auch viel weniger darauf an, Biographien zu schreiben, sondern wesentlichlicher schien es mir, eine allgemeine literarische Betrachtung über Arbeiterdichtung anzustellen.

Man wird sich gegen Schluß dieser Ausführungen mit einigem Recht fragen: Wo bleiben die oft genannten und viel umstrittenen Namen Ernst Soller und J. R. Becher? Dazu wäre den gegebenen Tatsachen zu entnehmen und zu sagen: Obgleich beide Dichter bürgerlicher Herkunft sind (der Vater Bechers — Staatsanwalt, der Vater Sollers — Kaufmann), so ist doch ihr künstlerisches und intellektuelles Bekenntnis zum Proletariat so überzeugend und beharrlich, daß man bei einer derartigen Betrachtung, wie wir sie anstellen, nicht umhin kann, ihnen die Bezeichnung Arbeiterdichter als Ehrentitel zuzusprechen. Daß uns Soller vielleicht näher steht als Becher, hat hierbei nichts zu sagen.

Würde vorher Arbeiterdichtung als eines der Symptome dafür betrachtet, daß wir an einer Kulturwende stehen, so ist das gleichbedeutend damit, daß in der Arbeiterdichtung die Strömungen der proletarischen Massen nach höheren Kulturstufen ihren heillosigen Niedergang finden. Da dies erstmalig und einzigartig ist, und daß es durch einen Malergehilfen (Gerrit Engelke), durch einen Maurersohn (Karl Bröger), durch einen Kesselschmied (Heinrich Perich), durch einen Fabrikarbeiter (Max Barthel) und andern geschieht, darüber erstaunte die bürgerliche Literatur, und ihre Stellungnahme war entweder aufrichtige Bewunderung oder feindliche, klassenfremde, vorurteilvolle Ablehnung.

Das aber, was den Charakter der Arbeiterdichter vor allem erhöht, ist: Sie halten zu der Masse, aus der sie, heillosig streiter des Geistes und des Herzens, hervorgegangen sind, und jede ihrer Dichtungen spricht zu der Masse:

„Wir fühlen euer Blut durch unser Leben gehen. Wir behorchen eure Seufzer. Wir messen das Fieber eures ewigen Hungers nach Freiheit, Brot und Brüderlichkeit. Wir leben wie ihr, bei einem Ende und vor einem Anfang.“

Baupolizei im alten Rom

Nach dem Neronischen Brande, der im Jahre 64 nach Christi in sechsstädigem Wüten von den 14 Regionen der Stadt drei vollständig und weitere sieben zum größten Teil in Schutt und Asche legte, entstand auf den Trümmern ein neues und prächtigeres Rom. Um nun Brandkatastrophen derart riesigen Ausmaßes für alle Zukunft unmöglich zu machen, wurden die bisherigen baupolizeilichen Vorschriften verschärft und die Neueregulierung des gesamten Straßennetzes in Angriff genommen. Aber die Schwierigkeiten, die einer solchen Regulierung entgegenstanden, waren fast unüberwindlich: die Möglichkeit, das Areal an der Stadtperipherie zu bebauen, war gering, da ein allgemein zugängliches Verkehrsmittel zur Verbindung der Peripherie mit dem Zentrum nicht vorhanden war. Die Folge war also, daß sich die 15 Millionen Einwohner, die Rom zu Anfang der Kaiserzeit aufwies — eine Zahl, die sich von Jahr zu Jahr durch unaufhaltbaren Zugang aus allen Ecken der Welt ständig vermehrte — auf ein verhältnismäßig geringes Gebiet zusammendrängten. So blieben auch nach der Regulierung die Straßen außerordentlich schmal und wiesen durchschnittlich nur ein Pflasterbreite von 3,80 bis 6,50 Meter auf. Dagegen setzte die neue Bauordnung die Höhe der Wohnhäuser auf ein sogar für heutige Verhältnisse außerordentliches Maximum von 70 röm. Fuß = 20,72 Meter herab. Interessant ist hierbei ein Vergleich mit neuzeitlichen Vorschriften: Die Berliner Bauordnung von 1880 gestattete nur eine Maximalhöhe von 11,60 Meter bei gleicher Straßenbreite, die Wiener eine solche von 14,10 Meter und die Pariser von 19,95 Meter. Diese Beschränkungen galten für Vorder- und Hinterhäuser, während die römische Baupolizei nur eine Maximalhöhe für Vorderhäuser festsetzte. Die Hofgebäude waren im alten Rom wesentlich höher; das zeigt schon unter andern ein kurzer Hinweis bei Martial, der von einem armen Schlucker erzählt, der 210 Stufen bis zu seiner Wohnung emporsteigen mußte. Da der ganze Umfang Roms im Jahre 74 nach Christi nach den Angaben des Plinius nur 19 536 Meter betrug, die Zahl der Einwohner aber bereits 15 Millionen überschritten hatte, kann man sich einen ungefähren Begriff davon machen, wie eng und zusammengedrängt die Bürgerschaft hausen mußte. Die zahllosen Klagen über die furchtbare Wohnungsnot und den daraus resultierenden Mietwucher, die man bei fast allen Chronisten der Zeit findet, sind deshalb ohne weiteres verständlich. So heißt es zum Beispiel, daß ein kleiner Handwerker für Küche und Zimmer durchschnittlich 200 Sesterzen = 435 Mark Jahresmiete zahlen mußte. Er mußte also über 60% seines Einkommens für Miete ausgeben, und außerdem alle Reparaturen, die bei dem schlechten Baumaterial, das Verwendung gefunden hatte, sehr häufig waren, aus seiner eigenen Tasche bezahlen.

All das Briefschreiben überlebt?

Ein englischer Psychologe, Dr. William S. Root, ist zu der weiterführenden Erkenntnis gekommen, daß nur die intelligenten Menschen eine schlechte Handschrift haben, weil sie zwanzigmal schneller denken als schreiben. Daß vielen Menschen aus dem Beruflichen die Gewandtheit des Schreibens und darum die „Intelligenz“ der unleserlichen Handschrift fehlt, daß die meisten kaum Zeit zum Schreiben haben und darum beim Schreiben gehetzt wird, das ist dem englischen Psychologen offenbar nicht bekannt.

Das Tempo des heutigen Lebens frist auch in unser Verhältnis zu Papier und Feder hinein. Telephon! Wieviel schneller und wieviel bequemer! Oder ein mündliches Sprechen, wenn man sich mal wieder trifft. Und so kommt es, daß auch die Briefe unmodern werden und meist nur die notwendigen Briefe noch geschrieben werden. Auch hier der Gedanke der Sachlichkeit.

So wartet Großmutter heute länger, als es früher der Fall war, und auch bei Dichtern und Künstlern ist das gleiche der Fall. Sie haben es in einer Rundfrage einer literarischen Zeitschrift ehrlich bekannt.

„Ich schreibe ungerne Briefe“, antwortete Lion Feuchtwanger der „Literatur“ da frei und offen, „die über eine knappe, sachliche Mitteilung hinausgehen.“

„Das Briefschreiben war mir stets eine Last“, antwortet ebenso Clara Viebig, „und wird es von Jahr zu Jahr mehr. Ich habe nie begriffen, welche Freude es unsern Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern gemacht haben kann, lange Briefe zu schreiben.“

Und in gleicher Weise schreibt unter andern auch Waldemar Bonsels: „Ich entsinne mich nicht, jemals einen Brief anders als ungeduldig, rasch und juridisch haltend geschrieben zu haben.“

Also keine Zeit. Tempo, Tempo! Genau wie bei uns. Und so wartet Großmutter schon so lange. Und uns selbst ärgert es auch. Da kann nur ein kurzer Entschluß die Befreiung bringen. Darum los! Sofort an den Tisch gesetzt und sogleich den lange fälligen Brief geschrieben an Tante Frieda!

Die andere Welt

Den Höhepunkt der großen Ballsaison in der Reichshauptstadt bietet alljährlich der Presseball. Trotz eines Eintrittsgeldes von 25 M und sonstigen Anforderungen an die Börse jeden Besuchers, hatten auch diesmal Tausende von Begüterten der Einladung des Vereins „Berliner Presse“ Folge geleistet. Greifen wir aus den Schilderungen der bürgerlichen Presse einige Stellen heraus: „Die Diplomaten und Politiker, Vertreter der Behörden, der Finanzwelt und der Wirtschaft, die wissenschaftlichen und geistigen Repräsentanten und die zahlreichen Künstler und Künstlerinnen von Bühnen und Film belebten den weiten Raum der Zoobetriebe, stauten sich vor der Ehrenloge, in der wieder die Vertreter des Reiches, der Gesandtschaften und der Behörden Platz genommen hatten. Sie erfüllten alle Säle mit den reichen Farben der Toiletten und dem strengen Schwarz-Weiß der Fräule. Die Kleider der Damen sind anspruchslos und einfach, was aber nur so aussieht — tatsächlich sind sie raffiniert geschnitten und unerhört kompliziert genäht — wählt man die Mantelchen und Jacken um so prächtiger (anspruchsvoller). Sie dürfen, ja sie müssen dekorativ und kostbar sein. Ihre modische Anlogik beruhigt. Die kurzen weißen Hermelin, die pelzverbrämten Samt- und Velours-Chiffon-Jäckchen reichen oft nur bis zur Taille. Sie wärmen eigentlich nur dann, wenn es gar nicht mehr nötig ist, nämlich im Ballsaal. Auf der Hinfahrt im Auto sind sie nur ein bescheidener Schutz. Sie sind in ihrer spielerischen Art reizvoller Kontrast zu den klassischen Abendkleidern aus glänzenden mattfarbenen Seidenstoffen, den hauchdünnen Laméchiffons, stumpfen Crêpe-Billitis, den opalisierenden, in der Farbe ganz unausgesprochenen Phosphorseiden, zu all diesen neuen Geweben, die dem Modebild des Abends die Note kultivierter Eleganz geben.“ (Berliner Börsen-Courier.) — Die Tombola füllte fast einen ganzen Saal. Aus einem spaltenlangen Artikel der „Vossischen Zeitung“ hierüber nur ein paar Sätze: „Man müßte einen Katalog unserer bekannten Maler schreiben, wollte man auch nur von ungefähr den Bestand an Arbeiten ihrer Hand umschreiben. Den Bildern gesellt sich ein ganzes graphisches Rabinett an. Ringsum gruppieren sich erlesene kunstgewerbliche Dinge. Außerdem enthält die Tombola unter andern folgende Gewinne: eine Adler-Limousine, einen Opel-Wagen, einen Bechstein-Flügel, eine Perlenkette und eine ganze Sammlung silberner Gegenstände, ein großes Eßservice von Rosenthal, Ballkleider und unzählige begehrenswerte Objekte aus dem Reich der Frau, Luxusreisefloffer, chinesische Kimono, Kristallgelen und Klubsessel, Schmuckwaren aller erdenklicher Art, Gutscheine auf Reisen (dabei zwei Doppelreisen nach New York und zurück von der Hapag, eine Reise nach Madeira vom Lloyd, Flüge nach Wien und Kopenhagen), wertvolle Bücher von bester Qualität, praktische Erzeugnisse der Technik, Kühlschränke, Radioapparate, Grammophone, Hausgeräte, Kameras, Operngläser usw. Doch das sind immer nur Andeutungen. Ein ganzer Bazar besserer Qualitätsware ist aufgebaut.“

Diese Schilderungen stammen nicht etwa aus einem Märchenlande, sondern aus Berlin, einer Stadt, die rund eine halbe Million Arbeitslose zählt und wo einem das Elend auf Gassen und Märkten entgegenschreit. Wirklich ein ungeheurer Kontrast!

Das Volk ist wie ein Kind, es muß alles zerbrechen, um zu sehn, was darin steckt. Buchner.

Personenfälle

Bremen. Der Kollege G. Eisenhauer, der auf einem Umbau in der Bismarckstraße arbeitete, erlitt durch einen Hammer Schlag auf den linken Handrücken eine schwere Verletzung, wodurch er erwerbsunfähig wurde.

Greiz. Ein Opfer des Antreibersystems wurde am 29. Januar unser Kollege Ernst Dübler, der beim Fensterstreichen vom 2. Stock herab aufs Pflaster stürzte und sich schwere Knochenbrüche zuzog. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er 3 Tage ohne Besinnung lag. Wir hoffen und wünschen, daß unser Kollege Dübler bald wieder seine volle Gesundheit erlangt, um wieder seinem Beruf nachgehen zu können.

Gewerkschaftliches

Johannes Sassenbach.

In der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) am 23. und 24. Januar 1931 in Zürich ist der Generalsekretär des IGB., Johannes Sassenbach, aus der Leitung des IGB. ausgeschieden.

Sassenbach scheidet in einem Augenblick, in dem der Internationale Gewerkschaftsbund sich anschickt, eine wahrhaft weltumspannende Körperschaft zu werden. Außer Portugal und Norwegen sind alle Länder West- und Mitteleuropas ihm angeschlossen. Afrikanische und amerikanische Organisationen sind in ihm aufgenommen. Japan und Britisch-Indien haben freundschaftliche Beziehungen zu Amsterdam angeschlossen. Sassenbach wird gewiß auch nach seinem Rücktritt die Möglichkeit haben, mit Rat und Tat der Förderung der von ihm mit aufgebauten Gewerkschaftsinternationale zu dienen; denn unser alter Freund Hannes ist erfreulicherweise noch gut auf dem Posten.

Sassenbach von Beruf Sattler, ist am 12. Oktober 1866 in Breun bei Lindlar im Rheinland geboren. Nach seinen Wanderjahren trat er 1889 dem damals gegründeten Sattlerverband bei und gründete noch im November den Kölner Ortsverein. Im Jahre 1890 siedelte er nach Berlin über. 1891 war er bereits Vorsitzender des deutschen Sattlerverbandes.

Als Organisator, Agitator, Unterhändler, Lehrer und Schriftsteller hatte Sassenbach der Arbeiterschaft bereits unschätzbare Dienste geleistet, bevor er das Sekretariat des IGB. übernahm. Damit hielt er seinen Einzug in die internationale Gewerkschaftsbewegung, in der er dank seiner durch jahres Studium erworbenen außerordentlichen Sprachkenntnisse Dolmetscher und Mittler wurde. Seit 1903 bereits begleitete er den damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaften Deutschlands, Karl Legien, auf allen internationalen Konferenzen. Sassenbachs rege politische Betätigung brachte ihm das ehrenvolle Amt eines Berliner Stadtverordneten. Während des Krieges wurde er Stabsrat. Nach dem Kriege war er einige Zeit sozialpolitischer Attaché in Rom. Der Unermüdbare hatte, nachdem er Mitte der 90er Jahre sich der schriftstellerischen Tätigkeit zugewandt hatte, auch einen eigenen Verlag gegründet. 1906 übernahm er auch die Leitung der ersten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, und im Dachgeschoss des Gewerkschaftshauses zu Berlin, das er nebenbei verwaltete, hatte er eine große und vorbildliche Bibliothek aufgebaut. Zahllos ist die Zahl seiner Freunde, Kollegen und Genossen; denn allezeit war Sassenbach ein lieber, guter und hilfsbereiter Mensch.

Von dem Tag an, wo Sassenbach zum Vorsitzenden des Sattlerverbandes gewählt wurde, bis zur Niederlegung seines Amtes als Generalsekretär des IGB., sind vierzig Jahre vergangen. Hinter ihm liegt also fast ein halbes Jahrhundert erfolgreicher Arbeit im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes. Möge dem Unermüdbaren ein schöner Lebensabend beschieden sein; denn, wenn je einer, hat es Johannes Sassenbach verdient.

Lohnabbau für Buchdrucker.

Das Zentralschlichtungsgesamt für das deutsche Buchdruckgewerbe hat am 2. Februar den tariflichen Spitzenlohn von 58,50 M auf 55 M vom 14. Februar 1931 bis 31. August 1931 herabgesetzt. Das sind 6 %, genau so viel wie der Abbau der Beamtenegehälter. Wir halten den Schiedspruch für einen schweren Fehlgriff, denn ein Anlaß, auch bei den so glänzend organisierten Buchdruckern die Löhne herabzusetzen, lag hier ebensowenig wie bei den andern Arbeiterverbänden vor, um so mehr, als die bisherige Entwicklung der Arbeitslosigkeit gezeigt hat, daß diese Methode des Lohnabbaus nicht zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, sondern zu ihrer weiteren Verschärfung führt. Oder glauben die Herren Unparteiischen wirklich noch, daß Lohnabbau die Wirtschaft belebe? Wie vorauszu sehen war, haben die leitenden Verbandsinstanzen den Schiedspruch abgelehnt. Die Nachverhandlungen am 11. Februar führten zu keiner Einigung. Alle Verständigungsversuche, die auch hinsichtlich einer Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, scheiterten. Die Entscheidung hat nun der Reichsarbeitsminister zu treffen.

Sozialpolitisches

„Die Arbeitslosigkeit frisst an der Gesundheit des Körpers.“

Die große Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem, sondern auch eine dringende Frage der Volksgesundheit. Sie wird aber in der Öffentlichkeit immer nur unter dem Gesichtswinkel der ersten beiden Punkte betrachtet. Es ist das Verdienst

des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses, die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit klar herausgestellt zu haben. Er hat sich an bedeutende Ärzte mit dem Ersuchen gewandt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit niederzulegen. Die Materialsammlung ist den Regierungen, Parlamenten usw. zugänglich gemacht worden. Nach Dr. Moses verfolgt die Denkschrift den Zweck, die geschehenden Körperveränderungen darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus der Denkschrift vorläufig einige kleine Beispiele:

Verschiedene Ärzte merken, daß die Mißstände bei den Kindern, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Mißstände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist derart, daß das Auftreten von Stomatitis und andern Folgeerscheinungen zu befürchten ist. Ein Arzt aus Köln schreibt folgendes: „Die Arbeitslosigkeit frisst an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie noch lange anhalten wird, bekommen wir eine ungeheure breite Schicht von derartig krankhaft aufgewachsenen Menschen, leiblich und sittlich auf das schwerste bedroht.“ Bei Säuglingen arbeitsloser Eltern wird als Folge mangelhafter Ernährung eine Verlangsamung der Gewichtszunahme festgestellt. Die chronische Unterernährung bahnt der Tuberkulose den Weg. Ganz besonders unheilvoll wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen. Bezüglich des Nervenzustandes der Arbeitslosen wird folgendes festgestellt: Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, willensschwachen Menschen nicht selten zu unzweckmäßigem Ernteln. Die hoffnungslose Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung neurotischer und niederdrückender Wesenszüge zur Folge. Die noch in Arbeit Befindlichen wagen es nicht, sich krank zu melden, weil sie den Verlust der Stellung befürchten. Eine deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten wird festgestellt. In den deutschen Großstädten hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegen 1927 mehr als verdreifacht. Die Geschlechtskrankheiten verbreiten sich, weil viele unbeschäftigte junge Mädchen zur nottöndernden Hingabe ihres Körpers neigen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich mithin zu einer schweren Gefahr für die Volksgesundheit aus. Die Denkschrift spricht eine deutliche Sprache. Sie ist geeignet, aufzutretend zu wirken. Wenn dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende bereitet wird, so ist das Schlimmste zu befürchten. Die körperliche, finanzielle und seelische Not erfordert schleunigst lindernde Taten.

Der Arbeitslosenausschuß an der Arbeit.

Der von der Reichsregierung berufene Ausschuss zur Beratung des Arbeitslosenproblems hat seine Tätigkeit begonnen. Die Kommission soll völlig unabhängig von der Regierung ihre Aufgaben lösen. Sie wurde deshalb aus unabhängigen Personen zusammengesetzt, um das Dineinspielen von Interessengegensätzen zu vermeiden. Die Kommission soll, wie aus dem Bericht aus der ersten Sitzung hervorgeht, konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen machen. Sie hat sich auf ein Arbeitsprogramm nach folgenden Gesichtspunkten geeinigt:

1. Produktive Gestaltung der Arbeitslosenhilfe.
2. Verteilung der Arbeit nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten (Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitverkürzung, Doppelverdiener, Verlängerung der Schulpflicht u. a.)
3. Preisbildung und Lohnpolitik in ihrem Einfluß auf den Arbeitsmarkt.
4. Arbeitsmarkt und Landwirtschaft; Arbeitslosigkeit und innere Kolonisation.
5. Pflichtarbeit, Arbeitsdienstpflicht, freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitsfürsorge.
6. Die unterstützende Arbeitslosenhilfe: Versicherung, Krisenunterstützung, öffentliche Fürsorge, ihre Voraussetzungen und Grenzen, Leistungen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zueinander.

Nunmehr mag die Kommission an die Arbeit gehen. Wir hoffen, daß das Ende der Beratung nicht etwa ein weiterer Abbau der Unterstützungsätze bedeutet. Jeder würde es begrüßen, wenn diese unabhängige Kommission Wege weisen würde, wie diese schwierigste aller Perioden rasch überwunden werden kann. Weshalb die Frage der „Arbeitsdienstpflicht“ wieder im Programm erscheint, nachdem sich die Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter einmütig dagegen erklärt haben, ist nicht zu verstehen.

Wirtschaftspolitisch

Was alles zusammenschwindelt wird!

Mit dem Problem Arbeitslosigkeit und Löhne beschäftigen sich unzählige Menschen, ohne daß ein Erfolg bezüglich der Verminderung der Wirtschaftskrise zu ersehen ist. Manchmal kommen in diesen Erörterungen ganz krause Theorien zum Vorschein. So wird das oben genannte Problem in einem Leitartikel des „Berliner Börsen-Couriers“, Nummer 63, erörtert. Der gute Mann, der dort die Unternehmerweisheit von der Notwendigkeit einer Lohnsenkung zu kopieren versucht, gerät in seinem Eifer in eine Sackgasse, aus der er sich folgendermaßen herauszuwinden versucht:

„Ein ökonomisches Wunder sondergleichen wäre es, wenn die Gesamtbevölkerung in einer der schwersten Krisen, in der die bisherigen Kapitalgrundlagen erheblich eingeschrumpft sind und in der die gesamte Produktion um fast ein Drittel gesunken ist, den alten Lebensstandard unverändert aufrechterhalten könnte. Ein unbestrittenes ökonomisches Gesetz besagt, daß die gesamte Kaufkraft der Gesamtproduktion genau entspricht. Wie will diese Gleichung aber aufgehen, wenn nun auf einmal eine hundertprozentige Kaufkraft einer siebzigprozentigen

Produktion gegenübersteht? Aus dieser einfachen Überlegung ergibt sich klar, daß die Wiedergewinnung der alten Kaufkraft nur über den Weg der Wiederherstellung und Gesundung der bisherigen Produktion erreichbar ist.“

Es ist kein „unbestrittenes ökonomisches Gesetz“, daß die Kaufkraft der Produktion entspricht; es ist ferner ein großer Unfuss, eine hundertprozentige Kaufkraft und eine siebzigprozentige Produktion anzunehmen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Einer siebzigprozentigen Kaufkraft, hauptsächlich verursacht durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung, steht eine hundertundzwanzigprozentige Produktion gegenüber. Aus diesem Mißverhältnis ergeben sich die Schwierigkeiten, und nicht umgekehrt. Selbst in dem eifrigsten Bestreben, sich bei den Unternehmern Liebling zu machen, sollte man bei der Wahrheit bleiben.

Die Mieterschaft zur Notverordnung.

Der Bund Deutscher Mietervereine e. V. (Eitz Dresden) hat in zwei Denkschriften an die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung zu der durch die Notverordnung auf dem Gebiete des Mietrechtes und der Wohnungswirtschaft neu geschaffenen Lage eingehend Stellung genommen. Es wird unter anderm darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Mietrechtes eine die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung begründende Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht vorgelegen habe. Die Notlage der großen Zahl von Wohnungslosen und der durch die Wirtschaftskrise und die laufenden Mietzinserhöhungen betroffenen Kreise werde leider durch die Notverordnung nicht behoben, sondern sogar verstärkt. Die Kürzung der öffentlichen Zuschüsse für den Wohnungsneubau habe eine erhebliche Einschränkung desselben und ein weiteres Steigen der Arbeitslosenziffer zur Folge. Die sittliche, hygienische, kulturelle und soziale Lebensgrundlage unseres Volkes erfahre durch die Einschränkung des Wohnungsneubaus und den Bau von Kleinstwohnungen verhängnisvolle Erschütterungen. Die in Etappen erfolgende Aufhebung des Mieterschutzes nehme im Laufe der Zeit Hunderttausenden deutscher Familien jeden Kündigungsschutz und Mietzinszuschuß, wenn dieser Entwicklung nicht durch die sofortige Schaffung eines sozialen Mietrechtes entgegengewirkt werde.

In der Eingabe an die preussische Staatsregierung wird erwartet, daß sie im Rahmen der ihr durch die reichsrechtliche Notverordnung gegebenen Befugnisse noch vor dem 1. April 1931 die Weitergeltung des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes in dem bisherigen Umfang anordnet. Die Vergabung der öffentlichen Neubaumittel sei an die Bedingung zu knüpfen, daß die Rechte der Mieter ausreichend gewahrt sind, bezüglichen sei die Anerkennung gemeinnütziger Bauvereinigungen davon abhängig zu machen, daß diese fahungsmäßig einen ausreichenden Kündigungsschutz und Mietzinszuschuß für die Mieter sichern. Da nach der Notverordnung die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes den Fortfall jeden Mieterschutzes zur Folge hat, sei anzunehmen, daß die Gemeinden in großem Umfang die Wiedereinführung des Wohnungsmangelgesetzes für die bisher befreiten Räume oder für die ganze Gemeinde fordern werden. Die Unübersichtlichkeit des Mietrechtes habe durch die Notverordnung die Grenze des Erträglichen überschritten.

Sozialversicherung

Begriff der Arbeitslosigkeit.

rd. Ein staatlicher Betrieb schließt jeweils im Herbst Arbeitsverträge mit Arbeitern ab, die bis zum 15. November des nächsten Jahres laufen. Die Arbeitnehmer setzen aber während dieses Zeitraumes bald längere, bald kürzere Zeit mit der Arbeit aus und beziehen für diese Zeit kein Entgelt. — Einer, der auf Grund eines solchen Vertrages beschäftigten Arbeiter, der in dem vorangegangenen Jahr etwa 9 1/2 Monate gearbeitet hatte, beantragte, nachdem er arbeitslos war, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung, doch lehnte das Arbeitsamt den Antrag mit der Begründung ab, der Antragsteller sei gar nicht arbeitslos; denn er sei ja verpflichtet, auf Verlangen der Betriebsleitung sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Antragsteller stehe sonach dem Arbeitsmarkt nicht uneingeschränkt zur Verfügung, was Vorbedingung für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung sei.

Das Reichsversicherungsamt hat jedoch eine dem Arbeiter günstigere Anschauung vertreten. Arbeitslosigkeit ist zu verneinen, so heißt es in den Gründen, solange ein Beschäftigungsverhältnis besteht. Der Ausdruck „Beschäftigungsverhältnis“ bezeichnet im Sinne der Sozialversicherung im allgemeinen die Beschäftigung, die die Versicherungspflicht begründet. Verhört — wie in den Fällen von der Art des vorliegenden — die Arbeitslosenversicherungspflicht auf der Krankenversicherungspflicht, so bestimmt sich nach den Vorschriften und Grundätzen der Krankenversicherung, ob in Zeiten, während der die tatsächliche Beschäftigung ausgesetzt und für die kein Entgelt gezahlt wird, das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis fortbesteht. Wenn danach die Arbeitslosenversicherungspflicht während solcher Zeiten fortbesteht, so schließt das grundsätzlich Arbeitslosigkeit im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes aus. Der Annahme von Arbeitslosigkeit steht nicht entgegen, wenn der Arbeitsvertrag während des Aussetzens der Arbeit und der Lohnzahlung fortbesteht. Allerdings ist weitere Voraussetzung der Arbeitslosigkeit, daß der Arbeitnehmer, dessen Arbeitslosigkeit in Frage kommt, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Dabei ist in Fällen der hier vorliegenden Art entscheidend, ob der Arbeitnehmer während der Arbeitsüberlassung verpflichtet ist, auf Verlangen des Arbeitgebers jederzeit die Arbeit aufzunehmen. Besteht eine derartige Verpflichtung, so steht der Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Ein solcher Arbeitnehmer kann deshalb nicht als arbeitslos angesehen werden. — Was den vorliegenden Fall betrifft, so muß

geprüft werden, ob die in dem Arbeitsvertrage bestimmte Verpflichtung des Arbeitnehmers zu jederzeitiger Arbeitsbereitschaft nicht vielleicht in der Praxis außer Wirksamkeit getreten ist, ferner ob nicht eine solche Bestimmung nach den Umständen des einzelnen Falles möglicherweise gegen die guten Sitten verstößt und daher keine Rechtskraft besitzt. (Reichsversicherungsamt, 7. November 1930 - III a Nr. 349,30.)

Können Lehrlinge Krankengeld erhalten?

Die beiden Notverordnungen vom Juli und Dezember 1930 haben der Krankenversicherung die einschneidendsten Änderungen seit ihrem Bestehen gebracht. Viele dieser neuen Bestimmungen sind ungenau und mangelhaft abgefaßt, so daß über ihre Auslegung und Anwendung in der Praxis viele Zweifel herrschen. Eine dieser unglücklichen Bestimmungen ist, daß das Krankengeld dann ruht (also nicht zu zahlen ist), wenn und soweit der Versicherte während einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit vom Arbeitgeber Arbeitsentgelt weiter erhält. Hierzu ist erläuternd bestimmt, daß Zuschüsse, die der Arbeitgeber zum Krankengeld zahlt, nicht als Arbeitsentgelt gelten. Werden derartige Zuschüsse gewährt, so muß Krankengeld gezahlt werden. (Es ist noch unklar und in der Rechtsprechung auch noch nicht entschieden, was unter „Zuschuß“ zu verstehen ist.) Für solche Versicherte, die nach diesen Bestimmungen kein Krankengeld erhalten, sind die Beiträge zur Krankenversicherung entsprechend herabzusetzen. Es soll hier einmal die Frage erörtert werden, ob Lehrlinge unter diese Bestimmungen fallen, also kein Krankengeld erhalten und ermäßigte Beiträge zahlen.

Um die Rechtslage beurteilen zu können, muß man unterscheiden zwischen solchen Lehrlingen, die kein Entgelt (Vergütung) erhalten und solchen, die während der Lehrzeit vom Lehrmeister eine Entschädigung erhalten, auch wenn diese noch so gering ist. Lehrlinge sind die einzige Gruppe von Beschäftigten, die auch dann der Krankenversicherungspflicht unterliegen, wenn sie kein Arbeitsentgelt erhalten. Die Rassen haben für solche Lehrlinge, die kein Entgelt erhalten, meist durch Schaffung einer besonderen Beitragsklasse einen geringeren Beitragssatz festgelegt. Da das Krankengeld als Ersatz für den durch Krankheit entgangenen Arbeitsverdienst gilt, erhalten solche Lehrlinge während einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit kein Krankengeld. Schon seit Bestehen der Reichsversicherungsordnung enthält sie folgende Vorschrift: „Krankengeld wird nicht gewährt Lehrlingen aller Art, die ohne Entgelt beschäftigt werden.“

Die eingangs erwähnten neuen Vorschriften können also höchstens für solche Lehrlinge Anwendung finden, die eine Entschädigung vom Meister erhalten. Um die Rechtslage erörtern zu können, ist es notwendig festzustellen, ob der Lehrling während einer Krankheit seinen Lohn fortbezieht oder nicht. Hierzu ist zu bemerken, daß das Arbeitsrecht für Lehrlinge und alle mit ihm zusammenhängenden Fragen noch ziemlich mangelhaft sind. Für das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge gelten heute die Bestimmungen der Gewerbeordnung und diejenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hierzu kommen noch die von den betreffenden Handwerksinnungen, Handwerkskammern usw. erlassenen Bestimmungen und die von diesen herausgegebenen oder sogar vorgeschriebenen Muster von Lehrverträgen. (Es kann nicht oft genug auf die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Abschlusses eines schriftlichen Lehrvertrages hingewiesen werden.) Der Lehrvertrag muß auch Bestimmungen über die Vergütung des Lehrlings enthalten und auch Hinweise darüber, wie lange und unter welchen Voraussetzungen bei unverschuldeten Dienstverhinderungen die Entschädigung fortzuzahlen ist. Meist wird die an und für sich geringe Entschädigung bei Krankheit vom Lehrherrn fortgezahlt. Ist dies der Fall, so darf die Krankenkasse für diese Dauer kein Krankengeld zahlen. Die Beiträge sind in solchen Fällen zu ermäßigen. Erhält der Lehrling die Vergütung nicht weiter, so hat er Anspruch auf Krankengeld.

Gerichtliches

Um die Gültigkeit der Unterschrift.

Eine interessante Entscheidung über die Gültigkeit der Namensunterschrift fällt am 15. Januar 1931 das Amtsgericht Berlin-Nüte.

Ein an der deutsch-böhmischen Grenze wohnender Arbeiter hatte bei dem Reisenden einer Berliner Firma sechs Hemden und sechs Unterhosen zum Preise von 227 M., das sind pro Stück 18 M., bestellt und den diesbezüglichen Bestellschein unterschrieben. Da er aber dann die Annahme der Ware verweigerte, wurde er an dem vereinbarten Erfüllungsort Berlin verklagt. Nunmehr wandte der Beklagte ein, daß der Bestellschein für ungültig erklärt werden müsse, weil er weder Ort noch Datum angebe. Außerdem habe er, der Beklagte, bei Leistung der Unterschrift im Fieberwahn gelegen. In einem dem Gericht überreichten ärztlichen Attest war denn auch bestätigt, daß 40 Grad Fieber bestanden hätten und daß das Bewußtsein etwas gestört gewesen sei.

Das Gericht ließ diese Einwände aber nicht gelten und verurteilte den Beklagten zur Zahlung. Daß der Bestellschein weder Ort noch Datum trage, tue der Rechts gültigkeit des Kaufes keinen Abbruch. Auch daß das Bewußtsein etwas gestört gewesen sei, könne die Forderung und die Unterschrift nicht ungültig machen. Der § 105 des Bürgerlichen Gesetzbuches verlange mehr. Er verlange, daß die wichtige Willenserklärung entweder im Zustand der Bewußtlosigkeit oder im Zustande vorübergehender Verwirrung der Geschäftstätigkeit abgegeben sein müsse. Lediglich eine Verminderung der freien Willensbestimmung, wie sie möglicherweise bei dem Beklagten vorgelegen haben möge, genüge demzufolge nach dem Gesetz nicht.

In diesem Urteil haben unsere Kollegen mal wieder, wie so oft, man bei solchen Bestellungen sein muß.

Billige Bücher.

Sonderangebot zu herabgesetzten Preisen für unsere Mitglieder.

- Bürgerliches Gesetzbuch geb. 3,25
mit Nebengesetzen " 11,-
Zivilprozessordnung " 2,50
mit Nebengesetzen " 5,40
Reichsversicherungsordnung " 2,40
Gewerbeordnung " 2,20
mit Nebengesetzen " 5,-
Gesetz über Arbeitsvermittlung " 1,-
Angestelltenversicherungsgesetz " 1,-
Strafgesetzbuch " 1,20
Königliches Arbeitsrecht " 5,80
Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band 1 " 13,-
" " 2 " 22,-
Betriebsrätegesetz (Kommentar Feig-Sigler) " 5,-
Das Schlichtungswesen br. 1,-
Schlichtungsordnung geb. 9,-
Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung (Körpel) " 2,50
Reichsverfassung " 0,90
Geschichte der politischen Parteien br. 2,50

vom Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10

oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

Das sollten sich zu ihrem eigenen Nutzen insbesondere diejenigen Kollegen merken, die über 45 M pro Woche verdienen oder pfändbare Gegenstände besitzen. Wer von diesen nicht mit Hilfe des Gerichtsvollziehers ausgeplündert werden will, unterschreibe bei Reisenden gar nichts.

Patentwesen

Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1931.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsministers der Justiz tritt der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ein, und zwar für die Mustermesse vom 1. bis 7. März, für die Große Technische Messe und Baumesse vom 1. bis 11. März, für die Textilmesse vom 1. bis 4. März, und für die Sportartikelmesse vom 1. bis 5. März.

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59, Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente.

Rl. 75 c. R. 77 268. Verfahren zur Anfertigung von Schnell-Ladierungen. Max Rensch, Berlin-Charlottenburg, Kanalarstraße 11.

Rl. 22 h. J. 26 895. Verfahren zur Veredelung von Oelladen und -farben aller Art. Paul Jaeger, Stuttgart, Neue Weinsteige 54.

Rl. 22 g. S. 91 612. Vorrichtung zum Seihen von Farben. Seig-Werke G. m. b. H., Kreuznach im Rheinland.

Rl. 75 c. R. 48. 30. Sprizspistole. Manuel Gomez de Rueda und Franz Louis Lefevre, Paris.

Erteilte Patente.

Rl. 75 c. 519 005. Verfahren zur Beseitigung des insbes. beim Sprizlädieren in Sprizräumen mit offener Arbeitsstelle entstehenden Nebels. Dipl.-Ing. Moritz Sirsch, Frankfurt am Main, Im Trug 29.

Rl. 75 a. 518 879. Maschine zum Einfärben von zur Herstellung einer Holzmaseremulterung in Lacküberzügen verwendeten Kupferplatten. The National Cash Register, Dayton, USA.

Rl. 75 c. 519 222. Zerstäubungsverfahren nebst Vorrichtung dazu. Dipl.-Ing. Karl Ludwig, Hamburg 37, Sanftstraße 65.

Gebrauchsmuster.

Rl. 75 c. 1 156 766. Vorrichtung zum Halten der Schablonen bei Ausführung von Dekorations-Malerarbeiten. Gebrüder Schneider, Leipzig N 22, Hallische Straße 119/121.

Rl. 75 c. 1 156 635. Heizbarer Behälter, insbesondere Farbbehälter für Farbsprizpistolen. Raimund Hocholla und Karl Zehmanek, Wien.

Rl. 75 c. 1 156 401. Bronze- und Einkleberbehälter. Standard Bronzefarben-Werk Carl Eckart, Fürth in Bayern, Magstraße 12.

Rl. 75 c. 1 156 780. Papierpalette. Hermann Gabler, Germersheim.

Fachliteratur

Untersuchungen über die Leistung und den Wirkungsgrad von Sandstrahlbläsen von Dr.-Ing. Paul Nettmann und Dr.-Ing. Heinrich Faber. Mit 35 Abbildungen und Zahlentafeln. VDI-Verlag, G. m. b. H., Berlin NW 7 1930. Die technologische Arbeitsgruppe des Fachauschusses für Anstrichtechnik (beim Verein Deutscher Ingenieure und Verein Deutscher Chemiker) hat die vorliegende ausgezeichnete

Arbeit der bekannten Verfasser im Heft 5 des Fachauschusses herausgegeben. Aus ihr können alle, die großentrostungsarbeiten auszuführen haben, sichern Rat und Unterstützung entnehmen.

Wirtschaftliches

Die Lebenshaltung des Eisenbahnerpersonals. Verlagsgesellschaft „Deutscher Eisenbahner“, m. b. H., Berlin, W. 30, 160 Seiten, Preis broschiert 3,50 M., Organisationspreis 1,75 M. Der Einzelverband der Eisenbahner Deutschlands, die freigewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Beamten der Reichsbahn, hat während des Jahres 1929 unter seinen Arbeiter- und Beamtenmitgliedern eine Erhebung von Haushaltsrechnungen durchgeführt. Er legt die Ergebnisse dieser ausgearbeiteten Arbeit im 25. Bande seiner Zeitschrift der Öffentlichkeit vor. Das umfangreiche Tabellenmaterial ermöglicht ein anschauliches Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse einer so großen und wichtigen Berufsgruppe wie die des deutschen Eisenbahnerpersonals. Weiter ist bei dieser Arbeit von besonderer Bedeutung, daß die statistischen Ergebnisse der Untersuchung des Einzelverbandes den Ergebnissen ähnlicher und vergleichbarer Arbeiten, wie die des Statistischen Reichsamtes, des VDA-Bundes, des Zentralverbandes der Schuhmacher und anderer gegenübergestellt werden. Hierbei zeigen sich neben weitgehenden Übereinstimmungen und Gleichförmigkeiten auch eine Reihe interessanter Abweichungen. Es wird unter anderem besonders deutlich, daß sich die Art der Lebensführung in den Kleinstädten und den ländlichen Orten selbst bei gleichen Einkommensverhältnissen in mancher Beziehung von der Lebensführung in den großen Städten unterscheidet. Möge die fleißige Arbeit allseits die Anerkennung und Beachtung finden, die sie verdient.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Herausgegeben von Professor Dr. Ludwig Seyde in Gemeinschaft mit Anton Erckenz, Joh. Sassenbach, Dr. Adam Stegerwald, Dr. Albert Thomas und Professor Raffelt. Außerdem haben sich führende Gewerkschafter und bedeutende Wissenschaftler an gemeinsamer Arbeit an dem genannten Werk zusammengeschlossen.

Das großangelegte Handwörterbuch erscheint in etwa fünf bis sechs Lieferungen zum Preise von je 22,50 M., bei Subskription 18 M. Im Anbetracht der großen Bedeutung dieses einig in seiner Art dastehenden Werkes hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6a, den Generalbetrieb an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter übernommen.

Im Verlag „Wort und Wirtschaft“ Verlagsaktiengesellschaft, Berlin SW 48, ist soeben die zweite Lieferung dieses Werkes erschienen. Es behandelt die Geschichte, Soziologie und Praxis des internationalen Gewerkschaftswesens, die organisatorischen und theoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung und die sachlichen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Politik. Es kommen nicht nur Vertreter der freien Gewerkschaften zu Wort, sondern auch Vertreter der gegnerischen Verbände. Das Handwörterbuch ist deshalb ein allseitig informierendes und umfassendes Nachschlagewerk in allen die Gewerkschaften betreffenden Fragen. Wir können die Anschaffung nur bestens empfehlen.

Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden. Siebenter Band Gas bis Gz. 15. neu bearbeitete Auflage. F. A. Brockhaus, Leipzig C. 1930. In 1600 Seiten gebunden 26 M.

Der vorliegende Band reiht sich seinen Vorgängern vertikal und horizontal in bester Weise an und bringt eine Fülle des Wissenswerten und Nützlichen. Die ausgezeichneten Abhandlungen über Geheimchriften, Geographie, Goldschmelztechnik, Spiel, Griechentanz, Feine Kunst und Sprache, Gott - Baukunst - Malerei, Bildhauerkunst auf zahlreichen Abbildungen werden überall das größte Interesse finden. Daneben werden Themen erörtert, die für unsere heutige Zeit von dem brennendsten Interesse sind: unter dem Stichwort „Gaslampen“ (mit 17 Abbildungen) erfahren wir zu welcher Zeit die Gaslampen erfunden wurden, moderner Kriegszugbrück gebracht worden ist, der „Krieg“ zeigt die tatenkräftigen Verleugnungen von Weltmarkt und Wirtschaftsländern (mit einer besonders instruktiven thematischen Darstellung: Wirtschaftlicher Weltkreislauf im Deutschen Reich). Wir erfahren auch, daß die „Gesellschaftsbretten“ keine Erfindung unserer Zeit sind, sondern daß dieser Begriff im 19. Jahrhundert in Paris entstanden ist, wo ein gewisser Galignani Reisen in die durch Napoleons Eroberungen erschlossenen Gebiete veranstaltete. Wenn man bedenkt, daß ein moderner Roman durchschnittlich 6 bis 8 M., oft auch mehr kostet, etwa 250 bis 300 Seiten und keine Abbildungen enthält, während ein solcher Band des „Großen Brockhaus“ den dreifachen Umfang hat, laufende von einfarbigen und bunten Abbildungen und Karten bringt, wenn man ferner bedenkt, daß man einen Roman einmal liest und dann in den Bücherregal stellt, während uns der „Große Brockhaus“ täglich und stündlich nützlich und unentbehrlich ist, dann können wir über den geringen Bezugspreis des Werkes, der einen Erwerb für wenige Mark im Monat ermöglicht.

Erziehung und Kultur unter dem Faschismus. Nach der Wahl vom 14. September sind eine Reihe von Professoren zur Bekämpfung des Nationalsozialismus erschienen. Aber in ihnen wird die kulturelle Seite, wird im besonderen die Frage der Erziehung kaum berücksichtigt. Die sozialdemokratische Partei hat deshalb soeben ein Referenten-Material: Kultur und Erziehung unter dem Faschismus herausgegeben. Diese Zusammenstellung behandelt das Führer der Nazis Kulturanschauung und seine Erziehungsmaßnahmen, das nationalsozialistische Kulturprogramm, die Erziehungs- und Schulforderungen des Nazi-Lehrerverbandes und die praktische Kultur- und Schulpolitik der beiden Reichsminister in Braunschweig und Thüringen. Der Inhalt dieser Blätter ist erschütternd. Banausches Unverständnis für die Kulturentwicklung zeichnen die Kultur- und Erziehungslehre der Nationalsozialisten, Brutalität und Verflüchtigung zeichnen ihre praktische Kultur- und Schulpolitik aus. Das Referentenmaterial ist 48 Seiten stark und zum Preise von 30 M. von der Vertriebsstelle der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Vom 15. Febr. bis 21. Febr. ist die 8. Beitragswoche.

Vom 22. Febr. bis 28. Febr. ist die 9. Beitragswoche.

Sterbefälle.

Leipzig. Am 1. Februar starb unser Mitglied Bruno Arnold im Alter von 70 Jahren.

Mainz. Am 6. Februar starb infolge eines Schlaganfalls eines unserer ältesten Mitglieder, unser Kollege Jacob Sylvester Franz, in Finthen im Alter von 56 Jahren. Geehrt und geachtet von all seinen Arbeitskollegen, war er stets ein guter und treuer Kollege, der immer und überall die Interessen der Organisation nach besten Kräften zu wahren wußte. Ein ehrendes Andenken ist ihm deshalb gewiß!

Ehrendem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naunhof-Leipzig